

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>I. Einführung</b>	<b>5</b>
<b>II. Rückblick auf den Doppelhaushalt 2014 und 2015 und Eckwerte der Haushaltsplanung</b>	<b>8</b>
<b>III. Personalentwicklung</b>	<b>15</b>
<b>IV. Wirtschaftliche Entwicklung – Investitionen in die Zukunft</b>	<b>16</b>
<b>V. Bildung als Grundlage von Zusammenhalt und wirtschaftlicher Entwicklung</b>	<b>21</b>
<b>VI. Wohnen / Wohn.Raum.Stadt</b>	<b>29</b>
<b>VII. Investitionen in die Infrastruktur</b>	<b>37</b>
<b>VIII. Ausweitung Stadtreinigung; mehr Sauberkeit</b>	<b>40</b>
<b>IX. Sicherheit</b>	<b>41</b>
<b>X. Kultur</b>	<b>44</b>
<b>XI. Sportförderung</b>	<b>53</b>
<b>XII. Dank</b>	<b>54</b>



Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
meine sehr geehrte Damen und Herren,

der Moment der Einbringung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2016/2017 ist geprägt von einer aktuellen Situation und Fragestellung historischer Dimension. Seit der unmittelbaren Nachkriegszeit sind noch nie zuvor so viele Menschen in so kurzer Zeit in unser Land gekommen. Diese Entwicklung ist zu berücksichtigen bei unseren Diskussionen der nächsten Wochen. Sie findet noch keinen unmittelbaren Ausdruck im Zahlenwerk. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Eckwerte des Haushaltes schon länger festgelegt werden mussten; es hat vor allem auch damit zu tun, dass die Entwicklung und ihre Auswirkungen im wahrsten und unmittelbaren Sinn des Wortes nicht kalkulierbar sind.

Allerdings: Schon länger drücken sich die lokalen Ergebnisse weltpolitischer Entwicklungen direkt im Haushalt aus. Selbst wenn der Bund und das Land die Kosten für Flüchtlinge übernehmen wollen, was aller Erfahrung nach nie zu 100 Prozent gilt, müssen wir investieren in sozialen Zusammenhalt und Bildung. Dies tun wir schon mit Blick auf die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und den Notwendigkeiten der letzten drei Jahre durch die Zuwanderung aus Südosteuropa und Südeuropa. Vieles wird von diesen und noch mehr von den aktuellsten Entwicklungen berührt, vom Wohnungsbau bis zur Arbeit unserer Erzieherinnen und Erzieher, von der Belastung unserer ehrenamtlichen Kräfte und der Mitarbeiter in den Hilfsorganisationen und der Feuerwehr, aber auch in vielen anderen Dienststellen, denen ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte. Eine Quelle der Kraft, der konkreten Hilfe und der Zuversicht sind die vielen Menschen, die spontan ihre Hilfe anbieten und sich einbringen. Sie stabilisieren unser Zusammenleben und leisten damit einen zentralen Zukunftsbeitrag.

Ich habe es schon oft betont, aber nie war es klarer: Globale Entwicklungen treffen uns in der Kommune. Schon der Verlauf einer Begegnung von Obama mit Putin oder die Eroberung von Kunduz kann unmittelbare Konsequenzen für die Zahl der Flüchtlinge in Mannheim haben. Jeden Tag wird es deutlicher: Globalisierung findet nicht nur in den Abendnachrichten oder im Internet statt, sondern hat direkte Folgen

für das Zusammenleben unserer städtischen Gesellschaft. Das bringt erhebliche Verunsicherung mit sich. Hinzu kommen ganz unmittelbare Herausforderungen und Irritationen im Alltag.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir „das“ schaffen, aber natürlich nicht ohne Rückschläge, Belastungen und schwierige Situationen. Eine Voraussetzung ist auch, dass die Zahlen des Zugangs schon in den nächsten Monaten und insbesondere 2016 sinken und nicht steigen. Dafür muss internationale, europäische und nationale Politik sorgen. Die Themen sind bekannt: akute Hilfe in den Flüchtlingslagern, Wiederherstellung von Staatlichkeit im mittleren Osten, geregelte Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen in der EU, Zuwanderungssetz und auch Sicherung der Außengrenzen der EU. Es geht um nicht weniger als um die Bewahrung unserer Staatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Die Gewährung von individuellen Rechten mit einer Vielzahl von Durchsetzungsmöglichkeiten einerseits und die Durchsetzung des Rechts und die Vermittlung von Grundwerten andererseits sind nicht aufrecht zu erhalten bei einer langen Fortsetzung einer ungesteuerten Zuwanderung in den derzeitigen Dimensionen. Das ist der nüchterne Befund. Wenn wir diese Nüchternheit nicht an den Tag legen, ziehen wir die falschen Schlüsse und verlieren jede Glaubwürdigkeit, da die Menschen im Alltag genau dies erleben werden.

Die Bewältigung dieser Herausforderung wird uns – das ist meine feste Überzeugung – nicht schwächer, sondern stärker machen.

Im Gegensatz zu dem, was die realen und geistigen Brandstifter glauben machen wollen, sehe ich in Grundfragen einen weit größeren Konsens in unserer Gesellschaft als in der Vergangenheit:

Die Bereitschaft zu helfen, Menschen in existentieller Not Aufnahme zu gewähren und Zuwanderung zu akzeptieren, ist groß und zugleich gibt es eine gemeinsame Erwartung; wer unseren Schutz sucht, von dem erwarten wir die Akzeptanz und Respektierung unserer Werte. Vielfalt leben zu können, ist nicht voraussetzungslos. Wir müssen neben praktischer Hilfe und Unterkünften auch dies schnell an die Menschen, die zu uns kommen, vermitteln. Und dies kann nicht allein durch staatliche Institutionen geschehen, es ist ein Auftrag an uns als Gesellschaft insgesamt.

Die wahren Herausforderungen kommen noch auf uns zu. Wenn nicht mehr über die Situation an den Grenzen berichtet wird, wenn das Land und der Bund ihre Organisation aufgestellt haben, wird die große Aufgabe der Integration der neuen Mitbürger und Mitbürgerinnen auf uns warten. Diese Aufgabe wird von Städten und Gemeinden geleistet werden müssen. Wir sind in Mannheim dafür gerüstet, die seit Jahren geleistete Integrationsarbeit und Erfahrung wird sich auszahlen. Die „Willkommenskultur“ und „Ankommenskultur“ in Mannheim wird einer Prüfung unterzogen werden, die wir meistern können.

Wir werden die Zuwanderung meistern wie Mannheim schon immer Zuwanderung gemeistert hat: in unseren Kindergärten und Schulen, in den Vereinen und Stadtteilen. Das Gelingen oder Nichtgelingen der Integration wird auch die wirtschaftliche Kraft unserer Stadt für die nächsten Jahrzehnte bestimmen. Hier wird besonders klar, dass es keine isolierte Finanzpolitik geben kann, die von Sozial-, Bildungs-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik getrennt ist.

Unsere schon lange konkret bearbeitete Frage, wie sich Zusammenhalt in einer immer vielfältiger werden Gesellschaft gewährleisten lässt, wird von immer größerer Relevanz. Die urbane Lebenswirklichkeit ist geprägt von einer Pluralisierung und Heterogenisierung an Lebensformen und –entwürfen. Wie bereits gesagt: Die Annahme von Vielfalt als Wert ist nicht voraussetzungslos. Es bedarf der aktiven Schaffung von Bedingungen, um zu einem produktiven Umgang mit Vielfalt zu gelangen. Hierbei reicht die bloße Akzeptanz der Tatsache, dass die Gesellschaft pluraler und individualisierter wird, nicht aus. Ein entscheidender Aspekt ist stattdessen die Schaffung von Teilhabe – nicht nur als Angebot, sondern als umgesetzte Realität und auf Basis geteilter Werte. Die gleichberechtigte Mitgestaltung sowie die Verantwortungsübernahme durch alle gesellschaftlichen Gruppen sind wesentliche Voraussetzungen für sozialen Zusammenhalt. Die aktuelle Situation kann dafür ein vielleicht in der Geschichte der Stadt entscheidende Phase sein. Die Migranten der letzten Generationen können dabei wichtige Brückenbauer sein. Die Erweiterung der Mannheimer Erklärung zur Akzeptanz der ganz unterschiedlichen Lebensstile ist dabei genau das Grundverständnis des Zusammenlebens, auf das wir neue Zuwanderer gemeinsam verpflichten wollen.

Ich bin sicher, dass gerade jetzt unser Projekt zur Konzentration der Aufgaben des Vielfaltsmanagements und Zuständigkeiten in einem Fachbereich

zusammenzuführen, eine besondere Rolle spielt. Hiermit verbindet sich die Erwartung, dass die „Vielfalts-Beauftragten“, die nach wie vor eine eigenständige Sichtbarkeit behalten sollten, durch abgestimmte Maßnahmen das strategische Ziel „Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen“ befördern. Mit der Einrichtung der Beauftragtenstelle für die Chancengleichheit von Menschen vielfältiger sexueller und geschlechtlicher Identitäten übernimmt die Stadt Mannheim eine Vorreiterrolle in Baden-Württemberg. Hierbei sind wir von der Überzeugung geleitet, dass ein Stadtklima der Akzeptanz und Wertschätzung von Vielfalt Sicherheit und Lebensqualität schafft. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat in Mannheim keinen Platz, egal von welcher Gruppe sie betrieben wird.

In dieser Situation, die auch finanzielle Herausforderungen bedeutet, ist die Konzentration auf wesentliche strategische Ziele noch wichtiger. Es muss weniger Platz für Einzelinteressen, Gruppenforderungen und schlichte Egoismen geben. Die Stadt als Ganzes muss im Blick sein. Projekte müssen sich daran messen lassen, wie sie auf die ganze Stadt wirken.

## **II. Rückblick auf den Doppelhaushalt 2014 und 2015 und Eckwerte der Haushaltsplanung**

Kommen wir zu den Haushaltseckdaten und Finanzbetrachtungen im Einzelnen.

Wenn wir auf das letzte Jahr und den aktuellen Haushalt schauen, kann man die Entwicklung so zusammenfassen: Der Doppelhaushalt 2014/2015 entwickelte sich im Wesentlichen plangemäß. Die strukturellen Probleme nehmen aber merklich zu.

Bei der Planung gingen wir von einer moderat-positiven wirtschaftlichen Entwicklung aus. Auf der Basis der Steuerschätzung im Mai 2013 veranschlagten wir die Gewerbesteuer für das Jahr 2014 mit 301,3 Mio. Euro. Das tatsächliche Ergebnis belief sich auf 283,0 Mio. Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich das Ergebnis durch die Auflösung einer Rückstellung in Höhe von rund 7,2 Mio. Euro verbessert wurde. Auch für 2015 rechnen wir, dass wir den Ansatz der Gewerbesteuer von 311,5 Mio. Euro nicht erreichen. Internationale und spezielle, unternehmensbezogene Effekte für die Mannheimer Wirtschaft können uns für die

unmittelbare Zukunft nicht optimistisch stimmen. Gegenläufig ist der Trend beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der 2014 6,0 Mio. Euro über dem Ansatz (129,9 Mio. Euro) lag. 2015 erwarten wir Mehrerträge von 8 Mio. Euro.

Auch die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft entwickeln sich gegenüber der Planung positiv. Hierbei ist allerdings zu bemerken, dass 2014 wegen der hohen Steuereinnahmen 2012 ein dramatisch schlechtes Jahr war, das wir durch die Inanspruchnahme einer Rückstellung in Höhe von 38,2 Mio. Euro, die im Jahr 2012 gebildet wurde, geglättet haben. 2015 gehen wir davon aus, dass der Ansatz (177,3 Mio. Euro) um 16,5 Mio. Euro übertroffen wird.

Insgesamt wurden die Einnahmeerwartungen als 2014 erfüllt und werden 2015 sogar übertroffen.

Bei den Aufwendungen haben wir allerdings ebenso Steigerungen. 2014 waren die Personalausgaben bei 278,15 Mio. Euro und damit 3,2 Mio. Euro über Plan. Im Rechnungsergebnis berücksichtigt ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen 2014 mit einer Erhöhung um 3,0%. Bei der Haushaltsplanaufstellung waren wir jedoch von einer Tarifsteigerung von 1,6% ausgegangen.

Auch für 2015 liegt die Prognose entsprechend knapp über Plan.

Durch die Bundeserstattung für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von 35,2 Mio. Euro waren die Steigerungen bei den Sozialausgaben moderat. Hier treten absehbar aber wieder Scheren auf, wenn nicht weitere Entlastungen folgen.

Insgesamt haben wir das Jahr 2014 im Ergebnishaushalt mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 4,15 Mio. Euro und unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses, mit einem Überschuss von 7,0 Mio. Euro abgeschlossen. Für das Jahr 2015 rechnen wir beim Gesamtergebnis mit einem Überschuss von rund 21,3 Mio. Euro.

Damit ist es in beiden Jahren gelungen, die Abschreibungen in Höhe von 45 Mio. Euro in 2014 bzw. von 41,4 Mio. Euro in 2015 zu erwirtschaften.

Aus dem Finanzhaushalt wurden im Jahr 2014 Investitionen in Höhe von 108,5 Mio. EURO geleistet, im Jahr 2015 werden es voraussichtlich 110 Mio. Euro sein.

Davon werden rund 80 Mio. Euro für Baumaßnahmen, 16 Mio. Euro für Investitionsförderung und 14 Mio. Euro für Vermögenserwerb eingesetzt. Neue Schulden haben wir nicht gemacht.

Aber: Die Investitionen wurden auch aus den Liquiditätsrücklagen der vergangenen Jahre finanziert. Das können Sie daran sehen, dass Abschreibungen und Jahresergebnis und Zuschüsse Dritter weit unter den Ausgaben für Investitionen lagen.

Dieser Befund führt zu einer der entscheidenden Ausgangsfragen in der Betrachtung zukünftiger Haushalte. Wie erhalten wir ein angemessenes Investitionsniveau?

Die rein auf den Investitionshaushalt bezogene finanzpolitische Aussage von manchen politischen Parteien, Verbänden und auch Prüfungsinstanzen: „Leistet euch eben nicht so viel“ übersieht einen zentralen Aspekt. Zur Gleichheit von Entwicklungschancen von Städten gehören gerade Zukunftsinvestitionen und - oftmals seit Jahren nachzuholende - Investitionen in die bestehende Infrastruktur. Ein Unterlassen vergrößert den Abstand von „ärmeren“ und „reicheren“ bzw. Städten mit Strukturproblemen und denen ohne große strukturelle und soziale Herausforderungen.

Im Übrigen ist die Frage konkret zu beantworten: Auf welche Projekte soll ersatzlos verzichtet werden, die tatsächlich merkbar strukturell zu einer Entlastung des Finanzhaushalts führen würden? Wir haben in der Finanzplanung bereits jetzt viele wichtige Projekte nicht aufgenommen und sind der Größenordnung nach unserer Überzeugung auf ein Mindestmaß notwendiger Investitionen zurückgegangen.

Zudem: Auf Eingriffe in konsumtive Ausgaben zu verzichten, zu Lasten der Investitionen, ist auch finanzpolitisch keine vernünftige Strategie.

Neben dieser ja bekannten Situation hat sich bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2016/2017, sowie der Finanzplanung für die Jahre 2018/2019 gezeigt, dass die laufenden Erträge und Aufwendungen der Verwaltung im Ergebnishaushalt scherenförmig verlaufen und dass die Aufwendungen überproportional zunehmen.

Dies hat seine Ursachen in den seit Jahren stark steigenden Sozialtransferaufwendungen wie Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe für



Behinderte oder der Hilfe zur Pflege und in dem Ausbau einer personalintensiven Infrastruktur wie der Kinderbetreuung. Im Bereich des Sachaufwandes wie z.B. der Bauunterhaltung und der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (z.B. Straßen) haben wir unsere Bemühungen intensiviert und wollen dies fortsetzen. Durch das PublicPrivatPartnership-Modell an den Schulen bzw. dem damit verbundenen Übergang der Schulen an die BBS ist zwar eine spürbare Verbesserung der Nutzbarkeit der Gebäude und deren allgemeiner Zustand eingetreten, allerdings bedeutet dies auch eine dauerhafte Mehrbelastung des städtischen Ergebnishaushaltes.

Da die Ertragslage nicht in gleichem Maße steigt wie die Aufwendungen, wird es schwieriger, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Wie gesehen entwickelt sich insbesondere die Gewerbesteuer, die Haupteinnahmequelle unserer Stadt, nicht so linear ansteigend wie geplant. Aus vorgenannten Gründen drohte ein negativer Ergebnishaushalt schon ab dem Jahr 2017.

Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, den Ergebnishaushalt einer grundlegenden Analyse zu unterziehen um für künftige Herausforderungen gewappnet zu sein. Dabei wird es aber im Gegensatz zu den Haushaltsstrukturprogrammen I und II nicht darum gehen, an einzelnen Haushaltsansätzen Kürzungen vorzunehmen.

Es werden vielmehr das gesamte Aufgabenportfolio, alle Leistungen der Stadt, sowie die großen Kernprozesse der Verwaltung untersucht. Es wird vor dem Hintergrund der Vielzahl der Aufgaben und der knappen Ressourcen auch darum gehen, Leistungen zu priorisieren. Daraus wird sich unter Umständen die Notwendigkeit ergeben, auf bestimmte Leistungen zu verzichten, wenn sie nicht die gewünschte Wirkung im Hinblick auf die Zielerreichung entfalten.

Die Herangehensweise wird überwiegend ein Top-Down-Ansatz sein, bei dem die Fraktionen durch ihre ständige Teilnahme in einem Projektausschuss unmittelbar beteiligt sein werden. Ich bedanke mich bei den Fraktionen für die signalisierte Bereitschaft hier mitzuwirken. Es ist eine Beteiligung des Gemeinderats an den vorbereitenden Arbeiten der Verwaltung. Beschlussorgan selbst bleibt natürlich der Gemeinderat selbst. Eine Arbeitsgruppe mit Experten aus der Verwaltung, aber auch externen Dritten wird gebildet und erarbeitet Vorschläge für den Lenkungsausschuss. Dabei werden auch Erfahrungen aus anderen Städten in die Betrachtung einbezogen

(aktuell hat die Stadt Karlsruhe bis zum Jahr 2022 ein strukturelles Defizit von mehr als 100 Mio. € im Jahr benannt und wird einen ähnlichen Prozess aufsetzen.

Dieser Optimierungsprozess wird sich sowohl mit der Ertragsseite als auch schwerpunktmäßig mit der Verbesserung der Aufwandsseite befassen. In absteigender Priorität werden alle Ertrags- und Aufwandspositionen des Ergebnishaushaltes überprüft. Es gilt es ein besonderes Augenmerk auf den (Sozial-) Transfer- und den Personalaufwand zu richten. In beiden Bereichen sind im Laufe von 10 Jahren 100 Mio. Euro Anstieg zu verzeichnen.

Das neue Konsolidierungsprogramm wurde in die Haushaltsplanung 2016/2017 und in die Finanzplanung 2018/2019 mit folgenden Beträgen eingearbeitet: 5 Mio. Euro im Jahr 2017, 20 Mio. Euro im Jahr 2018 und 40 Mio. Euro ab dem Jahr 2019.

Ein Konsolidierungsprogramm i.H.v. 40 Mio. Euro ist extrem ambitioniert und geht über bisherige Programme, auch die der 90er Jahre hinaus. Wir wollen noch in diesem Herbst mit der Arbeit beginnen und in einem Jahr einen Eckwerte-Beschluss über die Projekte und Einzelmaßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, fassen.

Mit diesem Programm, das die Anforderung einer strategischen Haushaltskonsolidierung erfüllen soll, ist eine spürbare Verbesserung des Ergebnishaushaltes zu erreichen. Auf dieser Basis planen wir Überschüsse des Ergebnishaushaltes im Jahr 2016 in Höhe von 15,5 Mio. Euro, 2017: von 3,9 Mio. Euro, im Jahr 2018 von 21,2 Mio. Euro und im Jahr 2019 von 36,5 Mio. Euro.

Nur durch diese Verbesserungen im Ergebnishaushalt können wir nachhaltig das beabsichtigte Investitionsvolumen von gut 80 Mio. € jährlich zur Verfügung stellen, um unsere Stadt zukunftsfähig zu gestalten und zu halten.

Eine Reduzierung des Investitionsvolumens halte ich für keinen Weg.

Eine andere Alternative, um einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan aufstellen zu können, wäre der Gang in eine höhere Verschuldung gewesen. Ökonomisch kann darüber nachgedacht werden. Wir haben mit Blick auf den vergleichsweise hohen Stand an dem uns selbst gesetzten Ziel des Neuverschuldungsgebotes festgehalten. Zudem werden über Anmietungen im Schul- und Verwaltungsbereich bereits weitere notwendige Investitionen ermöglicht.

Welche Eckwerte haben wir weiter den Planungen zugrunde gelegt?

Auf der Grundlage der Steuerschätzung und des prognostizierten Ergebnisses 2015 gehen wir davon aus, dass die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren die Ansätze für 2016 mit 305,1 Mio. Euro, für 2017 mit 313,1 Mio. erreicht. Dies liegt nach den Erfahrungen der letzten Jahre unter den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung. Da die Entwicklung der Erträge mit den Steigerungen auf der Aufwandsseite nicht Schritt hält, schlagen wir Ihnen nach reiflicher Abwägung an dieser Stelle eine Anhebung der Hebesätze bei der Grundsteuer vor. Dies ist auch eine Forderung der Gemeindeprüfungsanstalt. Ausgehend vom Durchschnitt der Hebesätze der baden-württembergischen Stadtkreise schlagen wir bei der Grundsteuer A eine Erhöhung von 260 auf 416 und bei der Grundsteuer B von 450 auf 487 von Hundert vor.

Nachdem sich die Einwohnerzahl Mannheims durch den Zensus im Mai 2011 um 23.473 Einwohner reduzierte, galt für 2015 letztmals eine Übergangsregelung zur Dämpfung der finanziellen Auswirkungen. Ab 2016 wirkt sich der Rückgang der Bevölkerungszahlen durch den Zensus mit 100% aus, so dass wir niedrigere Schlüsselzuweisungen des Landes erhalten. Dies ist gegenüber den Annahmen der Vergangenheit natürlich ein gravierender Einschnitt und prägt das gesamte Haushaltsergebnis. Umso mehr hoffen wir auf einen Erfolg des Landes Berlin mit seiner Verfassungsbeschwerde gegen den Zensus.

Bei den Personalaufwendungen wurden neben den Tarifsteigerungen der Vergangenheit weitere Tarifsteigerungen in Höhe von 2,2 % je Jahr eingerechnet. Der geplante Personalaufwand beträgt im Jahr 2016 damit 303 Mio. Euro und 2015 310 Mio. Euro.

Die Sachaufwendungen beinhalten im Jahr 2016 5 Mio. Euro und 2017 1,9 Mio. Euro aus dem Sonderprogramm zur Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen.

Aufgrund aktueller Preisentwicklungen reduzieren sich ansonsten die Sachaufwendungen ohne Abschreibungen im Doppelhaushalt geringfügig.

Die Sozialaufwendungen (netto) zeigen für die nächsten beiden Jahre 2016 mit 183,4 Mio. Euro und 2017 mit 184,8 Mio. Euro noch kleine Steigerungen. Hier bewirkt die Kostenübernahme durch den Bund im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine spürbare Entlastung. Sie beträgt im Jahr 2016 38,7 Mio. Euro und 2017 41,3 Mio. Euro.

Weitere Entlastungen der Kommunen, für die von Seiten des Bundes Absichtserklärungen vorliegen, wurden in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 6 Mio. Euro und im Jahr 2017 mit 15 Mio. Euro berücksichtigt. Ab 2018 rechnen wir mit einer Entlastung von 30 Mio. Euro.

Betrachtet man nur die zahlungswirksamen Vorgänge des Ergebnishaushaltes so schließt er 2016 mit einem Zahlungsmittelüberschuss von 45,3 Mio. Euro ab. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushaltes beträgt 2016 -21,5 Mio. Euro. Diese müssen aus Kassenmitteln gedeckt werden.

Im Jahr 2017 stehen Eigenfinanzierungsmittel aus dem Überschuss des Ergebnishaushaltes in Höhe von 36,5 Mio. Euro zur Verfügung, in den Jahren 2018 und 2019 sind es 53,8 bzw. 69,2 Mio. Euro. Ausgehend von einer Kreditaufnahme in Höhe von 30,4 Mio. Euro im Jahr 2016 sowie 32,2 Mio. Euro im Jahr 2017 ergibt sich ein Investitionsvolumen von 105,8 Mio. Euro im Jahr 2016 und 82,8 Mio. Euro im Jahr 2017.

Die Ansätze in der Finanzplanung für 2018 und 2019 betragen eher knappe 74,6 Mio. Euro bzw. 68,0 Mio. Euro.

Im Finanzhaushalt sind umfangreiche Investitionen in die Zukunft unserer Stadt vorgesehen.

Wesentliche Investitionen erfolgen wieder im Bereich der Schulen, teilweise in Form von Generalsanierungen, die einzelne Standorte von Grund auf ertüchtigen, aber auch beispielsweise Brandschutzmaßnahmen. Nach wie vor bilden Investitionen in die Verkehrswege wie Straßen und Brücken neben der Weiterentwicklung des Glücksteinquartiers wesentliche Schwerpunkte. Begonnen wird 2016 mit dem Umbau der Planken, einer großen Maßnahme zur Attraktivierung der Mannheimer Innenstadt. Der Neubau der Feuerwache Mitte stellt mit einem Volumen von 25,6 Mio. Euro 2016 und 4,1 Mio. Euro 2017 die umfangreichste Einzelmaßnahme dar,

und erstmalig sind Mittel für die Durchführung der Bundesgartenschau berücksichtigt. 2016 werden dafür 875 T und 2017 960 T Euro bereitgestellt. Für Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Grünzug Nordost sind Investitionen von 1,9 Mio. Euro im Jahr 2016 und 2,2 Mio. Euro 2017 sowie 7,1 und 9,0 Mio. Euro in den Finanzplanungsjahren 2018/2019 vorgesehen.

Wie in den Vorjahren werden wir bei planmäßigem Verlauf auch in den Jahren 2016 – 2019 ohne Nettoneuverschuldung auskommen. Stattdessen wollen wir den Schuldenstand der Kernverwaltung einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte (ohne SAP-Arena) von 558,0 Mio. Euro Ende 2015 bis auf 543,6 Mio. Euro Ende 2019 zurückführen.

Der Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2016 und 2017 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2019, die wir Ihnen heute vorlegen, beinhalten insgesamt einen positiven Gesamtsaldo des Ergebnishaushaltes, der jedoch voraussetzt, dass die geplanten Haushaltsverbesserungen erreicht werden und das vorgelegte Haushaltsstrukturprogramm II und ein neues Haushaltsstrukturprogramm III umgesetzt werden. Wie bereits in den Jahren 2012 bis 2015 werden wir auch in den Folgejahren die Abschreibungen im Ergebnishaushalt erwirtschaften und das selbst gesetzte Verbot der Netto-Neuverschuldung einhalten.

Bei einer weiterhin moderat-positiven Konjunktorentwicklung kann dies gelingen.

Wie immer ist ein Vorbehalt zu machen: Sollten sich unsere Annahmen im Haushaltsvollzug nicht bestätigen, kann es notwendig werden, kurzfristig korrigierend in den Haushaltsvollzug einzugreifen.

### **III. Personalentwicklung**

Rund jeder vierte Euro der Gesamtausgaben des Ergebnishaushaltes ist den Personalausgaben zuzuordnen. Wenn wir die Modernisierung unseres Verwaltungshandelns ernst nehmen und wirkungsorientiert steuern wollen, müssen wir uns zwingend auch weiter den Fragen der Personalwirtschaft und Personalentwicklung stellen. Gerade in den beschriebenen Herausforderungen ist die qualitative Entwicklung von größter Bedeutung.

Zu dieser Entwicklung gehört die erfolgreiche Ausbildungsoffensive seit 2007. Wir zählen zu einem der führenden Ausbildungsbetriebe in der Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar – eine Tatsache, die ich als großen Erfolg werte. Seit Jahren gelingt es uns, uns als Arbeitgeberin positiv am Ausbildungsmarkt zu platzieren. Hier punkten wir mit der Marke „Stadt Mannheim“; insbesondere die Attribute Vielfalt und Sinnhaftigkeit rufen großes Interesse bei potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern hervor. So gewinnen wir Nachwuchskräfte, die die Zukunft unserer Stadt aktiv mitgestalten wollen, und können gleichzeitig dem demografischen Wandel entgegenwirken.

Ein weiterer Baustein ist ein modernes Arbeitszeitmanagement. Hier verfolgt die Stadtverwaltung Mannheim das Ziel, die Interessen der Beschäftigten bei der Festlegung von Arbeitszeiten zu berücksichtigen, sofern keine dienstlichen Gründe entgegenstehen.

Um zeitgemäß agieren zu können wird derzeit ein elektronisch gestütztes Bewerbungsmanagement mit entsprechendem Online-Bewerbungsportal eingeführt. Bei der gezielten Ansprache von Fachkräften spielen moderne Kommunikationskanäle eine immer wichtigere Rolle. Sobald ein gesamtstädtisches Social-Media-Konzept verabschiedet ist, werden wir dieses im Bereich der Personalwerbung nutzen.

#### **IV.Wirtschaftliche Entwicklung – Investitionen in die Zukunft**

Entscheidend für die langfristige Entwicklung unserer Finanzkraft und ebenso für die beschriebene Integrationsfähigkeit ist die Entwicklung unserer Wirtschaftsstruktur. Allein in den letzten drei Jahren ist in Mannheim ein Beschäftigungszuwachs von rund 9.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wirtschaftsstandort Mannheim ist inzwischen auf 179.012 (Stand 31.12.2014) gestiegen. Das Verhältnis von Dienstleistungen und Produzierendem Gewerbe ist über die Jahre relativ stabil. Im Produzierenden Gewerbe sind wir nach wie vor stark.

Unsere erfolgreiche und wahrgenommene Strategie zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts beruht auf mehreren Säulen, die zunehmend zusammengedacht werden müssen.

1. Wir differenzieren und diversifizieren uns über neue Cluster- und Themenfelder
2. Wir stärken Wissenschaft und private wie öffentliche Dienstleistung
3. Wir unterstützen unsere bestehenden Unternehmen
4. Wir gewinnen und fördern Gründer
5. Wir werben um qualifizierte Fach- und Führungskräfte
6. Wir vernetzen Unternehmen untereinander und mit wissenschaftlichen Institutionen am Standort

### **Digitale Revolution: Industrie 4.0 und smart production**

Die Digitalisierung generell und speziell die von Produktionsprozessen ist die größte Herausforderung der kommenden Jahre für unseren Standort. Bestandspflege und Innovationsförderung sind hier ein und dasselbe. Eine Gründerkultur, Venture Capital, Talente und eine kreative Stadt sind Umfeldbedingungen, ohne die der klassische Industriebetrieb in Zukunft nicht werden kann. Um darauf zu reagieren, wurde die Plattform „Smart Production Mannheim“ durch die Wirtschaftsförderung initiiert. Ziel ist es, die vielfältigen Potenziale des Ballungsraums in der Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Automatisierungs- und Produktionstechnik zu bündeln. Mannheim soll Modellstadt der „Industrie 4.0“ werden. Das Projekt „Lernfabriken 4.0“ will die Verankerung zentraler Inhalte zur Umsetzung des Projekts Industrie 4.0 in der beruflichen Bildung und die Nutzung der Lernfabrik als Demonstrationszentrum erreichen.

### **Gründerstadt und Medizincluster**

Mannheim war und ist eine Gründerstadt. So konnten wir 2015 die Eröffnung von insgesamt vier weiteren zielgruppenorientierten Gründungszentren feiern. Im März wurde sowohl das Gründungs- und Kompetenzzentrum für die Medizintechnologie CUBEX41 wie auch der zweite Bauabschnitt des MAFINEX Technologiezentrums eröffnet. Im Juli wurde das Kreativwirtschaftszentrum C-Hub am Verbindungskanal feierlich eingeweiht. Die Umbauarbeiten des denkmalgeschützten Barockhauses im Quadrat C 4, 6 wurden Ende August abgeschlossen und das Kompetenzzentrum für

Mode und Textilwirtschaft wird schließlich am 14.10.2015 offiziell eröffnet. Bei der mg: gmbh sind nunmehr acht zielgruppenorientierte Gründungs- und Kompetenzzentren mit einer Nutzfläche von rund 28.000 qm angesiedelt. Die mg ist damit bundesweit einer der größten Anbieter von Flächen für Gründungen. Notwendige Innovationsschübe auch für die Großen am Markt werden zunehmend aus diesen kleinen, neuen, zum Teil ausgegründeten Unternehmen kommen. „Gründerkultur“ wird ein Treiberfaktor ersten Ranges sein. Wir haben das Potential uns als die Gründerstadt zu profilieren.

In engem Zusammenhang damit steht die Entwicklung des MMT-Campus (Mannheim Medical Technology Campus) mit dem BDC Medizintechnologie als Leuchtturm. Dies hat eine strategische Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt. Damit schaffen wir ein attraktives Angebot, um wachsende Medizintechnologie-Firmen nachhaltig am Standort zu sichern und neue anzuziehen. Der MMT-Campus ist ein herausragendes Projekt, das die Weichen für den weiteren Ausbau der Medizintechnologie am Wirtschaftsstandort Mannheim nachhaltig stellt. Es trägt somit wesentlich dazu bei, qualifizierte und wissensbasierte Arbeitsplätze am Standort zu sichern und neue zu schaffen.

Der MMT-Campus, der nach derzeitiger Planung auf einem Areal in fußläufiger Nachbarschaft zur Universitätsmedizin Mannheim realisiert werden soll, bietet Platz für die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Bereich Medizintechnologie. Er bildet einen wettbewerbsfähigen Standort zur effizienten Entwicklung und nachhaltigen Vermarktung von Medizinprodukten in Mannheim und der Metropolregion.

Es ist uns gelungen, die L-Bank als Investor für diesen Campus zu gewinnen. Bereits morgen findet die Jury-Sitzung eines gemeinsamen Architektenwettbewerbs statt. Wir selbst wollen das BDC über unsere mg:gmbh realisieren. Die sinnvollste Finanzierungs- und Umsetzungsstruktur wird derzeit erarbeitet.

### **Talentstrategie: Menschen und Kompetenzen**

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist im rein ökonomischen Umsatzvergleich auf absehbare Zeit nicht in der Lage, sich mit den großen Mannheimer Unternehmen zu messen. Unter dem Aspekt der Gründerkultur spielt sie aber eine entscheidende



Rolle. Gleiches gilt für die Profilierung des Standorts Mannheim und der Gewinnung von Talenten.

Auch die Kooperation der Stadt Mannheim mit der Universität und den Hochschulen hat sich in den letzten Jahren im Rahmen der Umsetzung der Talent- und Fachkräftestrategie signifikant erhöht. Der Bereich „Menschen und Kompetenzen“ des Fachbereichs für Wirtschafts- und Strukturförderung stärkt die Vernetzung zwischen der Universität Mannheim, den Hochschulen, den Studierenden und den Unternehmen. Das erfolgreiche Programm „Mannheim Stipendien“ wollen wir in den nächsten beiden Jahren weiterführen.

### **Einkaufsstadt**

Auch die herausragende Stellung als Einkaufsmetropole hat nicht nur unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung, sie ist zugleich ein Attraktivitätsfaktor ersten Ranges. Zentraler Anker zur Unterstützung des Einzelhandels ist die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt. Die Zusammenarbeit mit dem sich engagierenden Einzelhandel steht hier im Vordergrund. Der Plankenumbau und die Investitionen durch die Privatwirtschaft in Höhe von rund 730 Millionen Euro in der Innenstadt sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Ähnliches gilt auch für die Aufwertung des Straßenraums in der Marktstraße und Umgebung und gemeinsame Aktionen mit den Unternehmen dort.

### **Internationale Beziehungen**

Ein gutes Beispiel für die Orientierung auf gemeinsame Oberziele und eine höhere Wirksamkeit ist die Entwicklung des Bereichs Internationale Beziehungen der Stadt Mannheim. Der Neujahrsempfang der Stadt Mannheim am 6. Januar 2015, der unter dem Motto „Die internationale Stadt“ stand, verdeutlichte einem breiten Publikum, wie bedeutsam die Internationalität der Stadt für Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Die Stadt Mannheim stellt auch künftig rund ein Viertel des für das Produkt „Europaangelegenheiten und Internationales“ zur Verfügung stehenden Sachmittelbudgets Schulen und Vereinen zur Verfügung. Die bezuschussten Institutionen erstellen regelmäßig Berichte über die Austauschprojekte. Die Intensität und Nachhaltigkeit dieser interkulturellen Begegnung ist eine viel höhere als dies bei touristischen Reisen der Fall ist. So konnten 2015 Begegnungen junger Menschen

mit den Partnerstädten Chişinău, Haifa, Klaipėda, Toulon und Zhenjiang ermöglicht werden.

Mit Blick auf die beschriebenen Herausforderungen haben wir gleich zwei wichtige Entscheidungen getroffen, die die Stärkung der internationalen Wirtschaftskooperationen zum Gegenstand haben. Beide Vorhaben greifen etablierte internationale Verbindungen auf und entwickeln diese zielgerichtet weiter.

Zum einen stärken wir mit der Gründung eines „Institut Français“ das internationale Profil. Ein Hauptschwerpunkt der künftigen Arbeit des neuen Instituts ist die Unterstützung hiesiger Unternehmen bei der Weiterentwicklung ihrer interkulturellen Wirtschaftskompetenz. Zugleich beweist das Institut Français Mannheim die große Bereitschaft zur institutionenübergreifenden Kooperation in unserer Stadt. Neben der Stadt Mannheim bringen sich die Curt-Engelhorn-Stiftung, die Universität Mannheim und die Hochschule Mannheim als institutionelle Partner ein.

Daneben werden wir mit der Gründung eines Kompetenzclusters China eine weitere Weichenstellung in der Weiterentwicklung unserer internationalen Aktivitäten vornehmen. Mit der Errichtung eines Repräsentanzbüros der Stadt Mannheim im Sino-German Ecopark in Qingdao und der Etablierung eines China-Desks in Mannheim werden wir die Voraussetzungen schaffen, um die bereits bestehenden Kontakte nach China und zu chinesischen Unternehmen vertieft nachzuverfolgen und den Wirtschaftsstandort Mannheim in China bekannter zu machen. Unser Ziel ist es dabei, von den zunehmenden Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen zu profitieren.

Die Stadt Mannheim ist seit vielen Jahren zunächst freundschaftlich, später auch partnerschaftlich mit der israelischen Partnerstadt Haifa verbunden – auch hier spielen Wirtschaft und Wissenschaft eine große Rolle. Über die daraus resultierende Kenntnis der Situation im Nahen Osten ist der Wunsch entstanden, als Kommune einen Beitrag zu Verständigung und Dialog auf lokaler Ebene zu leisten. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Mannheim einen Kooperationsvertrag mit der palästinensischen Stadt Hebron unterzeichnet. Um den sinnvollen Wissenstransfer in technischen und administrativen Fragen für die Stadt Mannheim weitgehend kostenneutral zu realisieren, wurden beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Fördermittel beantragt. Die vertiefte Beziehung

nach Hebron stärkte zugleich die Glaubwürdigkeit der Stadt in einer vermittelnden Position bei den Spannungen in Folge des Gaza-Kriegs in Mannheim.

Die Zusammenarbeit mit den Mannheimer Partnerstädten wird auch in zunehmendem Maße für die Personalentwicklung der Belegschaft der Stadt Mannheim genutzt. Insbesondere Auszubildende der Stadt Mannheim haben die Möglichkeit, nach einer vorherigen Eignungsüberprüfung, ein Praktikum in einer Mannheimer Partnerstadt abzuleisten. In den Jahren 2014 und 2015 haben jeweils drei Auszubildende von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Über diese Maßnahme findet nicht nur ein Beitrag zur Personalentwicklung durch den Erwerb interkultureller und sprachlicher Kompetenzen statt, sondern zugleich wird die Attraktivität der Arbeitgeberin Stadt Mannheim weiter gesteigert. Für das Jahr 2016 planen wir eine Ausweitung dieses Programms unter Beteiligung unserer (europäischen) Partnerstädte und Zuhilfenahme von EU-Fördermitteln.

### **V. Bildung als Grundlage von Zusammenhalt und wirtschaftlicher Entwicklung**

Alle Kinder und Jugendlichen Mannheims sollen unabhängig ihrer sozialen und nationalen Herkunft die Chance haben, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten bestmöglich entwickeln zu können. Unser Ziel ist es, sie frühzeitig zu stärken, individuell zu fördern und auf ihrem Bildungsweg - von der frühkindlichen Bildung bis zum Einstieg in den Beruf konsequent zu begleiten. Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Inklusion und kommunale Unterstützungssysteme wie MAUS, Sprachförderung oder Ausbildungslotsen sorgen in Mannheims Schulen für gerechtere Zukunftschancen und fördern die Integration und die Teilhabe an unserer Gesellschaft.

### **Betreuungsangebote für Schulkinder**

Gemeinsam mit den freien Trägern ist es uns gelungen, die Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder auf aktuell 4.312 Plätze auszubauen, davon durch die städtischen Betreuungsangebote an den Grundschulen 3.447 Kinder. Insgesamt konnten wir so die Betreuungsquote an Grundschulen innerhalb von vier Jahren von 46 Prozent auf 61 Prozent steigern und einen Spitzenplatz in der Schulkindbetreuung in Baden-Württemberg erreichen. Unser Ziel ist es weiterhin, den künftigen Bedarf an Betreuungsplätzen zeitnah zu decken und berufstätigen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Bis zu einem Vollausbau mit

Ganztagsgrundschulen werden die Betreuungsangebote wie der Hort an der Schule aufrechterhalten und die bewährte Ferienbetreuung auch auf die Ganztagschulen übertragen. Für ein Parallelangebot „offene Ganztagschule“ und Schulkindbetreuung gibt es keine Rechtfertigung.

### **Ganztagschulen**

Mit dem 2014 verabschiedeten Ganztagschulgesetz des Landes eröffnet sich die Möglichkeit, mit Ganztagsgrundschulen für Familien verlässliche und unmittelbar mit der Schule verbundene Betreuungsstrukturen zu schaffen.

In einem ersten Schritt streben die bisherigen Ganztagschulen aus bestehender Form des Schulversuchs eine Antragstellung in die neue Form der Ganztagschule nach § 4a SchG an. Demnach gäbe es ab dem Schuljahr 2016/2017 fünf verbindliche Ganztagsgrundschulen sowie eine Ganztagschule in Wahlform (offene Ganztagschule). Derzeit werden die baulichen Voraussetzungen für einen verbindlichen Ganztagschulbetrieb ab dem Schuljahr 2017/18 an der Bertha-Hirsch-Grundschule geschaffen. Außerdem ist bereits der Umbau der Gerhart-Hauptmann-GS vom Gemeinderat beschlossen. Hier soll ab dem Schuljahr 2017/2018 sukzessive ein Ganztagschulbetrieb in Wahlform umgesetzt werden. Auch an der Wallstadt-Grundschule wird eine Ganztagschule angestrebt, die mit der endgültigen Klärung aller baulichen Voraussetzungen zeitnah umgesetzt werden soll. Im Bereich der weiterführenden Schulen schreiten die Sanierungsarbeiten an der Sandhofenschule voran, die landesweit als eine der wenigen Ganztagsrealschulen starten wird.

### **Gemeinschaftsschule**

Neben der Kerschensteiner-Gemeinschaftsschule hat sich auch die Schulgemeinschaft der Johannes-Kepler-Werkrealschule auf den Weg zur Gemeinschaftsschule gemacht. Der vom Gemeinderat befürwortete Antrag befindet sich derzeit zur Prüfung beim Regierungspräsidium Karlsruhe. Die Nachfrage nach Schularten, die individualisierte Lernformen und den integrierten Zugang zu mehreren Schulabschlüssen anbieten, ist in Mannheim hoch. So mussten 2014 und 2015 an der Kerschensteiner-Gemeinschaftsschule jeweils acht bzw. zehn 10 Viertklässler/innen abgelehnt werden. An der Gesamtschule IGMH konnten im gleichen Zeitraum 112 bzw. 90 Schüler/-innen nicht aufgenommen werden. Im

Mannheimer Süden wird ebenfalls Bedarf für eine integrierte Schule gesehen. Am Standort Konrad-Duden-Schule - in Verbindung mit der Pfingstbergschule - gibt es nicht zuletzt aufgrund der Qualität der Schulen und der Elternnachfrage gutes Potential, das von den Schulleitungen beider Schulen gesehen wird. Hier wird der Fachbereich Bildung im Laufe des Jahres 2016 mit beiden Schulen klären, in welcher Art die Schulen sich gemeinsam weiterentwickeln.

### **Intensive Sprachförderung**

In Mannheim haben sechzig Prozent der unter elfjährigen Kinder einen Migrationshintergrund. Sprache ist die Schlüsselkompetenz zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum schulischen Erfolg. Entsprechend wichtig ist die frühkindliche Sprachförderung, die bis zur Einschulung Sprachpraxis und -kompetenz vermittelt. Der Anteil der Kinder, die bei ihrer Einschulung noch Sprachförderbedarf haben, konnte in den letzten Jahren von achtundzwanzig % auf vierzehn % halbiert werden. Auch in der Schule ist – nicht zuletzt durch verstärkte Zuwanderung – Sprachförderung der zentrale Zugang zum Bildungserfolg. Kinder, die mit der Einschulung weiterhin Sprachförderbedarf aufweisen, erhalten im Rahmen des städtisch finanzierten Projektes „Intensive Sprachförderung an Grundschulen mit hohem Förderbedarf“ an neun Grundschulen eine Sprachförderung. Im Rahmen des Integrationsfonds für Südosteuropäische Zuwanderer wurden den besonders von der Zuwanderung betroffenen Schulen Mittel zur Verfügung gestellt, um mit Sofortmaßnahmen für die bessere Integration von Kindern zu sorgen.

### **Bildungsplanung/Schulentwicklung**

Im Frühjahr 2015 wurde der dritte Mannheimer Bildungsbericht vorgelegt, der sich mittlerweile als Instrument wirkungsorientierter Steuerung bewährt hat und auf vielen Ebenen als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage dient. Durch seine sozialräumliche Perspektive ist der Bildungsbericht auch ein Gradmesser für die Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt. Als positive Entwicklungen der letzten Jahre sind u.a. sinkende Sprachförder- und Therapiebedarfe in den Einschulungsuntersuchungen, höhere Schulabschlüsse (mehr als 2/3 der Schüler verlassen die Schule mit Mittlerer Reife, Fachhochschul- und Hochschulreife) und deutlich sinkende Zahlen im Übergangssystem der beruflichen Schulen zu verzeichnen. Diese Entwicklungen bestärken uns, auch in Zukunft wirkungsorientiert

zu steuern und neue Herausforderungen, wie beispielsweise die durch die Zuwanderung, anzunehmen.

Insgesamt befindet sich die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg in ihrem größten Umbruch seit der Nachkriegsgeschichte, da sich eine langfristige Umgestaltung zu einem zweigliedrigen Schulsystem vollzieht. An allen Schularten werden zudem der ganztägige Unterricht, das gemeinsame Lernen in Form der Inklusion sowie die individuelle Förderung von Kindern wichtiger. Diese Entwicklungen prägen auch die Mannheimer Schullandschaft, was sich derzeit besonders bei den Werkrealschulen auswirkt, da deren Akzeptanz und Anmeldezahlen weiter deutlich sinken. Zum kommenden Schuljahr werden mit Beschluss des Gemeinderates drei Werkrealschulen geschlossen, vier weitere Werkrealschulen bildeten zum laufenden Schuljahr keine 5. Klasse mehr. Da Eltern und Schüler vermehrt zu Realschulen und Gemeinschaftsschulen tendieren, unterstützt das Land seit Beginn des Schuljahres nun auch die Realschulen mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden und der Möglichkeit, ab dem Schuljahr 16/17 auf den Hauptschulabschluss vorzubereiten.

Ich bitte den Gemeinderat vor diesen Entwicklungen nicht aus scheinbar populären Gründen die Augen zu verschließen. Die Schließung einer Schule stellt in dieser Situation in keiner Weise ein Zeugnis über die Leistungen eines Kollegiums oder Schulgemeinschaft dar. Die WRS Geschwister Scholl leistet eine hervorragende Arbeit. Dennoch: Sie wird absehbar in den nächsten Jahren keine Eingangsklassen bilden können. Für eine Zweizügigkeit gibt es gar keine Perspektive. Der Verzicht auf eine Schließungsentscheidung gegen den fachlichen Rat des staatlichen Schulamtes wie der kommunalen Verwaltung, hat eine hoch problematische Konsequenz: Der anstehende Planungsprozess für einen Neubau des gesamten Schulkomplexes mit Gymnasium und einer weiteren zu mittleren Bildungsabschlüssen führenden Schule kann nicht beginnen. Eine Konsequenz verbindet sich mit der Vertagung der Entscheidung absehbar nicht: Die Rettung der Schule. Eine Schließungsanordnung erfolgt, wenn zwei Jahre keine Eingangsklasse gebildet werden konnte. Selbst wenn dies nicht unmittelbar geschehen würde: Eine positive Entwicklungs- und Investitionsentscheidung kann nicht getroffen werden. Das wäre keine kommunale Schulentwicklung, das wäre Entwicklungsverweigerung. Ich sage Ihnen zu, dass die

Planungsphase auf Basis einer Schulentwicklungsentscheidung unmittelbar beginnen kann.

Vor ähnlichen Dynamiken stehen wir vielleicht bald bei den Förderschulen. Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Inklusion an Schulen endete der 3-jährige Modellversuch. Nunmehr können alle Schulen Inklusionsschulen werden. Der Schulträger ist an den Bildungswegekonzferenzen des Staatlichen Schulamtes beteiligt. Im vergangenen Schuljahr nahmen rund 300 Kinder, das sind 18,5 % aller Sonderschulkinder, am gemeinsamen Unterricht teil und die Tendenz ist weiterhin steigend. Neben der vorrangigen pädagogischen Aufgabe besteht die Herausforderung vor allem in der Sicherstellung der räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für inklusiven Unterricht.

Und: Bedingt durch demografisch rückläufige Schülerzahlen und den verstärkten Trend nach akademischer Ausbildung befinden sich auch die beruflichen Schulen landesweit im Umbruch. In Mannheim sind die Schülerzahlen und Schulstandorte aber stabil, so dass die Mannheimer Schulentwicklungskommission „Berufliche Schulen“ zur Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen die weitere Stärkung ihres Charakters als Kompetenzzentren empfohlen hat. Mannheim nimmt als eine von vier Modellkommunen am Programm des Landes „AV-Dual“ zur Weiterentwicklung des Übergangssystems teil. Die Carl-Benz- und die Werner-von-Siemens-Schule bewarben sich im Oktober erfolgreich für das Landesprojekt „Lernfabriken Industrie 4.0“ mit einem Gesamtfinanzvolumen von 1,125 Mio €. Das Land beteiligt sich mit 40 % der Kosten, 50 % trägt die Stadt Mannheim über die Schulbudgets der beteiligten Schulen und weitere Investitionsmittel werden aus dem Etat des FB Bildung bereitgestellt. 10 % der Summe werden über die lokale Wirtschaft eingebracht.

### **Maus: ein Mannheimer Erfolgsmodell**

Mit dem „Mannheimer Unterstützungssystem Schule“ (MAUS) erhalten 13 Schulen die Möglichkeit zum „Einkauf“ pädagogischer Angebote von acht kommunalen und einem externen Bildungspartner. Das Programm wird vom Bildungsbüro koordiniert und von der Uni Heidelberg, unter Leitung von Frau Prof. Dr. Sliwka, evaluiert. Zusätzlich zu den 13 teilnehmenden Schulen können künftig auch die Ganztagsgrundschulen von MAUS profitieren, indem sie die neu geschaffene

Möglichkeit der Monetarisierung von Lehrerwochenstunden des Landes nutzen, um kommunal koordinierte MAUS-Kurse an ihrer Schule einzusetzen.

Aber auch darüber hinaus engagiert sich das Bildungsbüro aktiv für die innere Schulentwicklung, So konnte das Bundesprogramm „Kultur macht stark“, eine Kooperation zwischen der Friedrich-Ebert-WRS und dem Stadtarchiv, initiiert werden. Zudem wurde mit Unterstützung des Bildungsbüros die Kerschensteiner Gemeinschaftsschule in das Landesprogramm „Kulturschule 2020“ aufgenommen mit einem jährlichen Kulturbudget von 10.000 Euro. Am Modellprogramm „Kulturagenten für kreative Schulen“ werden die vier Mannheimer Schulen um zwei bis drei neue Schulen erweitert und erhalten drei Jahre lang 30.000 Euro „Kunstgeld“ pro Jahr, das zu zwei Dritteln über die Bundeskulturstiftung finanziert wird. In Zusammenarbeit mit einer Stiftung zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 ein integrativer Schulcampus an der Pestalozzi-Schule geplant. Zusätzlich bewilligte das Kultusministerium für den Doppelhaushalt 2015/2016 jeweils 100.000 Euro, um die Integration zu unterstützen. In Kooperation mit der KinderHelden gGmbH findet als einjähriges Mentorenprogramm „Mannheimer Cleverlinge<sup>2</sup>“ statt. Das Programm soll mit 40 ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren durch die Schwerpunkte Sprache, Integration und eine bewusste Freizeitgestaltung insgesamt 40 Viertklässler/-innen an Friedrich-Ebert- und Astrid-Lindgren-Schule darin unterstützen, einen möglichst guten Übergang auf die weiterführende Schule zu erreichen.

### **Sanierung und Ausbau der Schulen**

Mit dem Übergang der letzten zwölf Schulen an die Bau- und Betriebsservice GmbH (BBS) am 01.08.2014 wurde der Betrieb und die laufende Instandhaltung aller Schulen in eine Hand gelegt. Damit wird die angemessene Instandhaltung der Gebäude langfristig gewährleistet. Das sogenannte Mannheimer PPP-Modell (Public-Private-Partnership) sieht vor, dass die BBS eine vorher nach baufachlichen Standards festgelegte Rate für den Betrieb der Schulen erhält und im Gegenzug verpflichtet ist, für die Vertragslaufzeit von 20 Jahren, die Schulen baulich mindestens auf dem Niveau zu halten, wie sie zum Zeitpunkt des Übergangs der Schulen waren. Durch die langfristige vertragliche Bindung ist es möglich, dass die BBS sukzessive eine Lebenszyklusbetrachtung für einzelne Bauteile aufstellt und damit die Instandhaltung effizient planen kann. Der Versicherungswert aller Schulgebäude auf den 71 Schulliegenschaften beträgt rund 1,045 Milliarden Euro.



Die Nettogeschoßfläche für alle Schulbauten liegt bei rund 511.000 m<sup>2</sup>. Der Betrag, den die BBS jährlich für die Instandhaltung erhält, beläuft sich auf rund 13,5 Mio. Euro.

Eine der wesentlichen Erkenntnisse aus der Bestandsaufnahme der Gebäude ist, dass durch die Sanierungen der letzten Jahre kein unmittelbarer Handlungsbedarf bezogen auf die Sicherheitsaspekte an den Schulen besteht. Zu rund zwei Dritteln befinden sich die Schulen im Sollzustand und können im Rahmen der geplanten Instandhaltung betrieben werden. Jeder weitere Euro, der im Rahmen der Haushalte zur Verfügung gestellt wird, führt zu einer Verbesserung der Substanz. Durch die fundierte Zustandsbeschreibung der Schulgebäude ist es möglich, bauliche Erkenntnisse und Anforderungen aus der Schulentwicklung über einen längeren Zeithorizont zu verknüpfen und damit eine höhere Effizienz bei der Gebäudebewirtschaftung zu erreichen. Der Erfolg des Modells zeigt sich in der kontinuierlichen Verbesserung der baulichen Substanz und in einer hohen Zufriedenheitsquote bei den Schulen. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass auch mit dem neuen Modell ein Teil der Kosten bei der Stadt verbleiben. Dies gilt beispielsweise für die Überführung der Schulen, die sich nicht in der geplanten Instandhaltung befinden. Diese Flächen sind als „Funktionserhalt“ definiert. Die Stadt Mannheim investiert deshalb unvermindert in den Schulbau. Die Investitionen im Doppelhaushalt 2016/2017 in diesem Bereich belaufen sich auf rund 33,5 Mio. Euro.

Wie in der Vergangenheit konzentrieren sich die Schulbauvorhaben auf drei Schwerpunkte: Schwerpunkt 1 ist die Umsetzung von Maßnahmen, die der weiteren Erhöhung der Sicherheit dienen. Hier sind zum Beispiel die Brandschutzmaßnahmen in der Heinrich-Lanz-Schule und im Moll-Gymnasium zu nennen. Schwerpunkt 2 ist die Umsetzung von Anforderungen aus der Schulentwicklung wie zum Beispiel der Beginn des Ausbaus der Pestalozzischule und der Abschluss des Ausbaus der Bertha-Hirsch-Schule zur Ganztagschule. Für den weiteren Ausbau der Kerschensteiner-Schule als Gemeinschaftsschule sind Mittel in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro vorgesehen. Schwerpunkt 3 ist die Umsetzung von größeren Projekten. Hier ist zum Beispiel die langjährige Generalsanierung am Karl-Friedrich-Gymnasium zu nennen, die im Jahr 2017 abgeschlossen sein wird, ebenso wie der Umbau der Sandhofen-Schule. Die Generalsanierung am Johanna-Geissmar-Gymnasium wird 2019 beendet sein.

## **In den Kitas spiegelt sich die kulturelle Vielfalt Mannheims**

In unserer Stadt leben 170 verschiedene Nationen zusammen. In den KiTa-Teams ist diese Vielfalt der Kulturen und Sprachen erfreulicherweise längst angekommen. Um unsere Ziele „Mannheim als Vorbild für Bildungsgerechtigkeit und das Zusammenleben in Metropolen“ zu realisieren, haben wir mit dem „Entwicklungsplan Bildung und Integration“ in unseren Betreuungseinrichtungen einen wichtigen Schwerpunkt gesetzt, der auch in den Einrichtungen der Freien-Träger aufgegriffen werden wird.

Mittel aus dem „Integrationsfonds für südosteuropäische EU-Zuwanderer“ werden in den betroffenen Kitas genutzt, um für die aus Bulgarien oder Rumänien stammenden Kinder und deren Eltern unmittelbar notwendige Unterstützungsmaßnahmen zu ermöglichen.

In den letzten drei Jahren wurde die Zahl der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher bei der Stadt Mannheim von 50 auf 150 Plätze verdreifacht. Diese Schwerpunktsetzung der „Ausbilderin Stadt Mannheim“ hat maßgeblich dazu beigetragen, dem befürchteten Fachkraftmangel in Mannheim entgegenzuwirken.

Der Ausbau der Ganztagesbetreuung – auch im Kindergartenbereich ist ein wichtiges Anliegen der Stadt Mannheim. Derzeit liegt der Anteil der Ganztagesplätze in Kindergärten bei stadtweit 46,1 Prozent. Ziel ist es, diesen Anteil bis zum Jahr 2019 auf 50 Prozent zu erhöhen.

Die Zahlen, in denen junge Menschen in einer kritischen familiären Situation unterstützt wurden, sind weiter gestiegen. Der Großteil dieser Kinder und Jugendlichen wurde durch einzelfallbezogene Hilfe begleitet – die sogenannten Hilfen zur Erziehung (HzE).

Der deutlich größte Anteil der durch die Jugendhilfe begleiteten Kinder und Jugendlichen konnte dabei durch ambulante Angebote unterstützt werden. Mit dieser Akzentuierung ist für den mit Abstand größten Teil der jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf keine Unterbringung außerhalb der Herkunftsfamilie erforderlich. Die Steigerungsrate wurde in Mannheim nochmals verlangsamt: In Mannheim lag die Ausgabensteigerung 2014 gegenüber 2013 bei 3,45 Prozent; bundesweit lag sie bei 4,5 Prozent und landesweit bei 5,4 Prozent.

Mit der Eröffnung des Haus des Jugendrechts im Frühjahr 2015 haben wir einen wichtigen Schritt vollzogen, um der Delinquenz von Jugendlichen zielführend und stringent zu begegnen. Im Haus des Jugendrechts sind all diejenigen Institutionen zusammengeführt und arbeiten eng vernetzt, die vor Ort an Jugendstrafverfahren beteiligt sind: Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe. Die enge Zusammenarbeit führt zu einer Beschleunigung von Verfahren. So sollen kriminelle „Karrieren“ von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden verhindert werden.

## **VI.Wohnen / Wohn.Raum.Stadt**

Wirtschaftliche und soziale Dimension hat das Thema Wohnen, das eine neue Aktualität in den letzten beiden Jahren gewonnen hat. Dabei geht es nicht nur um Wohnraumversorgung. Mannheim steht als Wohnstandort auch im dauernden Wettbewerb mit benachbarten Städten und Umlandgemeinden. Gleichzeitig bieten aktuelle Rahmenbedingungen wie das Freiwerden der Militärflächen, der Bevölkerungszuwachs und die hohe Investitionsneigung im Immobiliensektor Chancen, die in der strategischen Entwicklung der Stadt und des Wohnungsmarktes genutzt werden müssen. Die Bewahrung dieser Zukunftsperspektiven trotz aktueller Herausforderungen und die Neigung, auf die Mannheimer ehemaligen Militärflächen zuzugreifen, ist deshalb von größter Bedeutung.

Wohnungsneubau auf den Konversionsflächen, aber auch an zahlreichen Standorten im gesamten Stadtgebiet ergänzen das Wohnungsangebot in Mannheim durch neuen, attraktiven Wohnraum für ganz unterschiedliche Gruppen der Mannheimer Bevölkerung und Zuziehende. Dabei kann hoffentlich insbesondere FRANKLIN durch die Schaffung familiengerechten und bezahlbaren Wohnraums – über Nutzung des Landeswohnraumförderprogramms – eine entscheidende Rolle spielen.

Daneben liegt der Fokus der Stadt auf der Attraktivierung von Bestandsimmobilien der GBG. So werden u.a. im Rahmen von Sanierungsgebieten wie in Schönau-Mitte oder der Untermühlaustraße Wohnungen modernisiert und in einen zeitgemäßen und nachhaltig vermietbaren Zustand gebracht. Dabei setzt die Stadt erhebliche Komplementärmittel zu den eingesetzten Städtebaufördermitteln von Bund und Land ein und sorgt somit dafür, dass auch modernisierter Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten einer breiten Bevölkerungsschicht zugänglich bleibt. Private

Wohnungseigentümer in den Sanierungsgebieten erhalten über die mit den Sanierungsgebieten, z.B. in Friedrichsfeld, Wallstadt und Käfertal verbundenen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten wirksame Impulse zur Modernisierung ihrer Wohnungen.

Die Planungs- und Steuerungsaufgaben der Wohnungsmarktentwicklung bedürfen einer fundierten Auseinandersetzung mit dem Mannheimer Wohnungsmarkt, zu der als Daueraufgaben das Wohnungsmarkt-Monitoring, die Erstellung des Mannheimer Mietspiegels, anlassbezogener Marktstudien sowie ein steter Austausch mit den Akteuren des Mannheimer Wohnungsmarktes gehören. Die strategische Klammer um die Einzelmaßnahmen bildet das wohnungspolitische Handlungskonzept Wohn.Raum .Stadt II. Verfolgen werden wir auch die Idee einer kleinen Investitionsgesellschaft für innovative, kleine Projekte in Quartieren, in denen beispielgebende Akzente gesetzt werden müssen.

### **Konversion als Motor der Stadtentwicklung**

Mit Abzug der Amerikaner aus Mannheim und der damit verbundenen Aufgabe der von ihnen genutzten Kasernengelände wurden kurzfristig ca. 300 ha Fläche verfügbar. Unklar ist derzeit insbesondere die Zukunft der Coleman mit 200 ha.

Für alle anderen Flächen wurden überzeugende Entwicklungskonzepte und Planungen entwickelt und auf Turley und Taylor schon unmittelbar in die Umsetzung gebracht. Mit diesen Prozessen konnten Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen, Initiativen und Investoren bewegt werden, einen positiven Entwicklungsprozess einzuleiten. Anfängliche Befürchtungen haben sich nicht realisiert. Im Gegenteil: Alle Planungen bieten ein großes ökonomisches, ökologisches und soziales Potenzial für die Stadt. Der Konversionsprozess bis dato wird von externen Fachleuten als mustergültig eingeschätzt. Insbesondere ist es erstmals auch gelungen in großem Umfang auswärtige Investoren durch überzeugende Konzepte zu interessieren.

Eine besondere Herausforderung wird nun die Sicherstellung der Investitionen sein. Für FRANKLIN konnte hier mit dem Land eine Einigung erzielt werden, die aus unserer Sicht das Projekt durch den geplanten Erwerb über die MWSP ermöglicht. Wir gehen von einer Zustimmung des Bundes und der BIMA zu diesem Modell aus. Die Weichenstellungen wurden und werden in diesen Tagen vorgenommen.

Aufgrund der Vielschichtigkeit der zu berücksichtigenden Planungsaspekte und der Vielzahl von einzubeziehenden Handlungsfeldern, beschränkt sich der Konversionsprozess nicht nur auf die Bereiche innerhalb der Kasernengelände, sondern betrifft die Siedlungs-, Infrastruktur- und Freiraumentwicklung des gesamten Stadtgebietes. Die Umwandlung und Neustrukturierung der amerikanischen Militärfelder und deren Vorbereitung für eine zivile Nutzung wird die städtebauliche Entwicklung der Stadt Mannheim in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich ändern.

An dieser umfangreichen Aufgabe arbeiten die Stadtverwaltung, die MWSP und die BUGA GmbH gemeinsam und intensiv zusammen mit dem Gemeinderat.

Dies ist auch zwingend geboten, bringt doch der Konversionsprozess in Mannheim nicht nur umfangreiche raumstrukturelle Veränderungen mit sich, sondern berührt eine Vielzahl von kommunalpolitischen Themen, wie das zur Zeit hochaktuelle Thema der Unterbringung von Flüchtlingen, wohnungspolitische Ziele, der Umgang mit der Straße am Aubuckel, neue Bildungsangebote, Kinderbetreuung, Aufnahme neuer Grünflächen in die Stadt, etc.

Nach und nach verdichten und konkretisieren sich die planerischen Entscheidungen. Dies ist am besten am Stand der Baurechtschaffung bzw. dem „Reifegrad“ der Bebauungspläne ablesbar. Hieran wird bei der Benjamin Franklin (Billigung vorgesehen Frühjahr 2016), Hammonds (Billigung vorgesehen Herbst 2015), Taylor (Satzung vorgesehen Frühjahr 2016) und Spinelli (Aufstellungsbeschluss im Herbst 2015 vorgesehen) intensiv gearbeitet. Der Satzungsbeschluss für Turley wurde im Frühjahr dieses Jahres vom Gemeinderat gefasst.

Darüber hinaus arbeitet die Stadtplanung an einem übergeordneten Freiraumkonzept mit dem Arbeitstitel Grüngürtel Mannheim, in dem die Konversionsflächen integriert sind. Ziel ist es, die thematischen Schwerpunkte Klimatologie, Ökologie, Biotopverbund, Landschaftsästhetik, Konversion und Siedlungsentwicklung sinnhaft einzubinden und zu bündeln. Durch großzügige, qualitätsvolle und gut erreichbare Freiräume trägt das Grünsystem entscheidend dazu bei, die Lebens- und Wohnqualität sowie das gesamte Stadtklima zu verbessern. Die Ausweisung von Bereichen in der Stadt, die von Bebauung freigehalten werden müssen, ermöglicht die Bildung von Kaltluft und begünstigt den Austausch von Luftmassen zwischen der

Innenstadt und den umliegenden Gebieten. Es handelt sich bei dem Konzept um eine großräumige, grüne Infrastruktur, die den Anforderungen des Klimawandels gerecht wird und die Erholungsqualität in der Stadt durch ein umfangreiches Angebot an Sport- und Freizeitflächen steigert. Die großflächigen und durchgängigen Grünzüge fördern die Biotopvernetzung und die Stabilisierung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts.

All diese Themen, diese Chancen und diese Mehrwerte können unmittelbar und in einem überschaubaren Zeithorizont von 8-15 Jahren mit der Realisierung des Grünzug Nordost, einem aus planerischer Sicht weit vorangeschrittenen Teilstück des „Grüngürtel Mannheim“, umgesetzt werden. Der „Grünzug Nordost verbindet in dessen räumlich definierten Bereich die Innenstadt mit den Vogelstangseen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir nachgewiesen haben, dass diese Vision ohne Straße am Aubuckel die entscheidenden Qualitäten bringt. Ich fände es enttäuschend, wenn unsere Generation dazu nicht die Kraft fände. Denn mit ihr heben wir das volle Potential der künftigen Wertschöpfung (nicht im monetären Sinne). Die Realisierung dieses zusammenhängenden Grünzugs vom Neckar bis zu den Vogelstang-Seen ist ein Infrastrukturprojekt, das nicht nur einen Freiraumkorridor von im engeren Stadtgebiet einmaligen rund 230 Hektar Fläche entstehen lässt und eine für die Durchlüftung der Innenstadt dringend benötigte Frischluftschneise schafft. Mit einem durchgehenden Grünzug Nordost kann ein neues, grüneres Mannheim entstehen, das den Bürgerinnen und Bürger Mannheims dauerhaft ein Mehr an Lebensqualität bringen wird.. Die BUGA 2023 gibt uns die Möglichkeit, diesen Grünzug, schneller, wirtschaftlicher und mit einer höheren Qualität zu entwickeln. Ein solches Projekt braucht einen zentralen Treiber. Dieser Treiber ist die BUGA. Es ist klar: Ohne BUGA kein Grünzug und ohne Grünzug macht eine BUGA für Mannheim keinen Sinn.

Es geht bei solchen Projekten immer auch um Ideen und Konzepte überregionaler Strahlkraft, die sich positiv nicht nur auf die Entwicklung aller weiteren Konversionsflächen in Mannheim auswirken, sondern sich insgesamt positiv auf die gesamte Stadtentwicklung niederschlagen. Allzu oft geht dies im Klein-klein unter, leider auch im Gemeinderat, der aber den Auftrag zur langfristigen und nachhaltigen Gestaltung der Stadt hat.

In diesem Zusammenhang einige wenige Anmerkungen zu Luisenpark und Herzogenriedpark, die erheblich zur Lebensqualität Mannheims beitragen. Der Luisenpark ist zudem als beliebtestes Ausflugsziel ein starker Anziehungspunkt auch für viele Besucherinnen und Besucher aus der Region. Wir geben jährlich einen Betriebskostenzuschuss von 5,8 Mio Euro an die Stadtpark Mannheim gemeinnützige GmbH als Betreibergesellschaft für beide Parks, was auch im Vergleich zu anderen Parks ein bemerkenswerter Betrag ist.. Ab 2015 wird zusätzlich zu den Investitionen aus eigener Kraft von der Stadt ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr bereit gestellt - auch für den Doppelhaushalt 2016/17.

Dies ist erforderlich, weil es unbestritten Modernisierungsbedarfe und Instandsetzungsbedarfe gibt. Voraussetzungen für eine seriöse Planung und eine eventuelle Anpassung von Zuschüssen wird aber ein für alle Bereiche in beiden Parks zu entwickelndes Betriebskonzept sein, das unter dem Motto steht: Bewährtes erhalten, Neues entwickeln. Im Kern wird es darum gehen, Strategien zu entwickeln und Maßnahmen zu ergreifen, den Luisenpark als modernen, urbanen und lebenswerten Park mit zeitgemäßen Angeboten sowie hoher Aufenthalts- und Erholungsqualität zukunftsfähig aufzustellen. Zudem soll die Position des Herzogenriedparks als Bewegungs- und Sportpark für Kinder und Erwachsene in der Stadt weiter gestärkt werden. Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben hier zunächst aber noch Arbeit zu leisten, der sie sich stellen.

### **Glückstein-Quartier – Fortschritte in der Entwicklung**

Im Bereich der Stadtentwicklung ist das uns seit Jahren mit hohen Beträgen fordernde, finanziell größtes Projekt das Glücksteinquartier. Die Straßenbauarbeiten sind zu einem großen Teil abgeschlossen. Die neue Südtangente wurde Ende 2013 dem Verkehr übergeben. Die Glücksteinallee als Erschließungsstraße des Quartiers ist bis zum Grundstück der Feuerwache-Mitte fertiggestellt, ebenso der im Quartier gelegene Teilabschnitt der Windeckstraße.

Mit Bezug der neuen Feuerwache, deren Bau rasant voranschreitet, beginnt Anfang 2017 der Abbruch der bestehenden Gebäude. Im Anschluss daran kann die Glücksteinallee weitergeführt und an das bestehende Straßennetz angeschlossen

werden. Hierfür sind Mittel im Doppelhaushalt 2016 / 2017 und in der Finanzplanung 2018 / 2019 eingestellt.

Im Jahr 2016 ist der erste Bauabschnitt zur Neugestaltung des Glückstein-Parks vorgesehen. Der zweite Bauabschnitt folgt dann in zeitlicher Abstimmung mit der Fertigstellung der angrenzenden neuen Wohngebäudesogenannten ab 2017.

Noch nicht budgetiert sind die notwendigen Mittel zur Herstellung des neuen Lindenhofplatzes und des künftigen Zugangs zur Lindenhofunterführung. Die Mittel sollen ab 2019 zur Verfügung gestellt werden, um den Eingangsbereich zum Quartier und damit zum Lindenhof entsprechend seiner städtebaulichen Bedeutung herzustellen.

Direkt an diesem Platz ist das an Bilfinger verkaufte Grundstück gelegen. Auch wenn Bilfinger die Konzernzentrale aus den bekannten Gründen nicht in das Glückstein-Quartier verlegt, soll das Grundstück so rasch wie möglich bebaut werden. Bilfinger wird dazu die Grundstücksgesellschaft an eine Investorengruppe veräußern. Die Verhandlungen zu einem Nachtragsvertrag zwischen der Stadt, Bilfinger und dieser Investorengruppe werden zurzeit geführt.

Konkrete Vertragsverhandlungen laufen auch über den Verkauf von zwei Baufeldern auf dem Feuerwachen-Grundstück bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft. Vorgesehen ist eine Mischnutzung aus Büros und Wohnen. In die Büros möchten zwei Mannheimer Unternehmen ihre Verwaltungssitze verlegen. Die Bebauung dieser Grundstücke steht somit in einem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Fertigstellung der Glücksteinallee und der Herstellung des Lindenhofplatzes.

Der Spatenstich zum Bau des Parkhauses ist für den 30. Oktober 2015 terminiert. Mit dem Beginn der Bebauung der im Jahr 2015 verkauften Grundstücke Baufeld 11, Stadtvillen sowie dem Grundstück Lokschuppen / Werkstattgebäude soll ebenfalls im Jahr 2015 bzw. Anfang 2016 begonnen werden. Für den Fortschritt in der Entwicklung des Glückstein-Quartiers ist von großer Bedeutung, dass mit diesem Bauvorhaben deutliche Zeichen gesetzt werden.

Auch über Grundstücke, die ehemals für die Duale Hochschule reserviert waren, führten wir Gespräche mit interessierten Investoren. Nach einer kontroversen Debatte haben wir eine erweiterte planerische und wirtschaftliche Prüfung



verschiedener Standorte für das neue Technische Rathaus vorgenommen, in die nun auch ein Baufeld im Glücksteinquartier einbezogen wurde. Da die Entwicklung der direkt an der Südtangente liegenden Grundstücke sich nicht im erhofften Tempo vollzieht und zugleich Rückgrat und Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung des neuen Quartiers ist, könnte eine solche Investitionsentscheidung einen wichtigen Schub zur Beschleunigung auslösen.

## **Urbanität**

Das Leitbild unserer Stadtentwicklung lässt sich gut unter die Überschrift unseres Weißbuchs zur Konversion fassen: „Urbanität und offene Räume“. Verdichtung und Vielfalt auf der einen Seite; Erholung und Naturraum in unmittelbarer Nähe auf der anderen Seite.

Urbanität heißt auch Nutzungsmischung. Sie wiederum stabilisiert Kernbereiche einer Stadt. Der Ochsenpferchbunker ist dafür ein gutes Beispiel. Er ist zugleich ein Beispiel, dass mit mutigen Konzepten auch Unterstützung gewonnen werden kann, wie die höchste Fördersumme des Bundesprogramms zeigt. Stadtentwicklungspolitik muss täglich Visionen entwickeln, die auch für die täglich neuen Aufgaben Antworten entwerfen.

Urbanität ist auch kein Gegensatz zu mehr Grün in der Stadt, mehr Grün bedeutet mehr Lebensqualität. Das bedeutet aber nicht, dass nicht immer wieder in einer Stadt Umgestaltungen vorgenommen werden, bei denen es auch darum geht, Qualitäten mittel- und langfristig zu erhöhen auch wenn dies kurzfristig einen Einschnitt bedeuten kann. Wir wollen insgesamt mehr Grün in die Stadt bringen.

Der Baumbestand, insbesondere in der hochversiegelten und verdichteten Innenstadt, hat eine hohe ökologische und soziale Funktion. Die aktuelle Diskussion um die Stadtbäume hat hier sicher zu einer wichtigen weiteren Sensibilisierung beigetragen. Dabei versucht die Stadt bei Zielkonflikten, die geradezu zwangsläufig bei Baumaßnahmen auftreten können, einerseits so viele Bäume wie möglich zu erhalten, andererseits notwendige und gesamtstädtisch sinnvolle Bauprojekte auch umzusetzen. Augenmaß und Dialogbereitschaft von allen Beteiligten sind dabei erforderlich – Ziel ist eine urbane ökologische Stadtentwicklung.

Mannheim hat - ohne die Stadtparks - einen Bestand von 860 Hektar öffentlicher Grünanlagen, die auf Basis eines differenzierten Gutachtens in Pflegekategorien eingeteilt sind und die wir in Zukunft über ein neues Grünflächenmanagement nach Jahrespflegeplänen unterhalten werden.

Es werden vermehrt an besonderen Orten in den Stadtteilen neue Pflanzkonzeptionen umgesetzt, die den langfristigen Auswirkungen des Klimawandels Rechnung tragen - dies kann man z.B. am Staudenbeet vor dem Rathaus E5 gut wahrnehmen.

Gleichzeitig fördert die Fachverwaltung das Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Unternehmen, sich aktiv bei der Entwicklung und Unterhaltung der Grünflächen zu beteiligen. Im Jahr 2014 haben sich 1.100 Personen im Rahmen der Aktion „GRÜNTATEN“ eingebracht. Ziel ist die weitere Steigerung der Beteiligungen in 2015 und in den kommenden Jahren.

Für die Zugänge an neuen Grünflächen sind Budgetverbesserungen in 2016 von 80.000 € und in 2017 von 150.000 € vorgesehen, die eine gärtnerische Pflege und Unterhaltung sichern.

In den nächsten Jahren werden im Rahmen der Entwicklung der Konversionsflächen rd. 140 Hektar Grün- und Freiflächen hinzukommen, die gepflegt und unterhalten werden müssen. Zusätzlich werden aktuell 110 ha hochwertiges Naturschutzgebiet auf Coleman vom Regierungspräsidium Karlsruhe in Abstimmung mit der Stadt Mannheim ausgewiesen.

Mit allen Maßnahmen stellt die Stadt Mannheim die Weichen für eine nachhaltige Grünflächenentwicklung.

### **Dach- und Hinterhofbegrünung**

Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelungsmaßnahmen und Begrünung von Hinterhöfen leisten einen wichtigen Beitrag zum Mikroklima. Eine Entsiegelung von Innenhöfen sorgt beim Wasserabfluss für Entlastung. Urbanes Grün in Innenhöfen, an Fassaden und auf Dächern schwächt zudem Temperaturextreme ab, verbessert das Mikroklima im öffentlichen Raum und minimiert die Feinstaub-Belastung. Auch zu einer größeren Biodiversität tragen diese Begrünungen bei. Insgesamt erhöhen sie die Aufenthalts- und Lebensqualität in der Stadt erheblich.

Insbesondere in der dicht bebauten und hochversiegelten Mannheimer Innenstadt müssen Bodenentsiegelung, Fassaden- und Dachbegrünung ausgebaut und gefördert werden. Das Gutachten zur „Verbesserung von Stadtklima und Wohnumfeld durch Entsiegelung und Begrünung in den Quadraten“ zeigt, welches Potenzial hierin liegt und wie es ausgeschöpft werden kann. Deswegen setzen wir für die Innenstadt, über ein Förderprogramm Anreize zur Dach- und Fassadenbegrünung, sowie für Entsiegelungsmaßnahmen. Die vorhandene Begrünungssatzung für die Innenstadt werden wir auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

Ein wichtiger Punkt in der Stadtentwicklung ist Mannheims Lage an zwei Flüssen. Die Gestaltung und Attraktivierung der Aufenthaltsqualität an den Ufern kann hier sehr viel bewirken. Daher ist es mir ein großes Anliegen, diese Attraktivierung, auch mit kleineren, aber wirkungsvollen Aktionen voranzubringen. Ich denke hier vor allem an den Zugang zum Neckar im Bereich der Kurpfalzbrücke.

## **VII. Investitionen in die Infrastruktur**

Schwerpunkt der Ausgaben sind in erster Linie Maßnahmen für den Straßen- und Brückenunterhalt wie Deckensanierungen an Hauptverkehrsstraßen, Geh- und Radwegsanierungen im Stadtgebiet, aber auch Wartung und Instandsetzung der Straßenbeschilderung, der Verkehrssignaltechnik und der Straßenbeleuchtung. Daneben stehen Investitionen in die Industriegleisanlagen auf der Friesenheimer Insel und den Hochwasserschutz an. Ein neues Aufgabengebiet ist mit der Sanierung und Erneuerung der Regenwasserkanäle sowie der dazugehörigen Pumpwerke und Hebeanlagen seit 2015 hinzugekommen.

Für die Grunderneuerung des Kurt-Schuhmacher-Brückenkopfes sowie in Fortsetzung die Mühlauhafenbrücke stehen in 2016/2017 ca. 1,8 Mio. und in 2018/2019 ca. 4,6 Mio. zur Verfügung. Weitere Investitionen an der Konrad-Adenauer-Brücke stehen in 2018/2019 mit der Erneuerung des Korrosionsschutzes mit ca. 4 Mio. an.

Im Fokus behalten wir damit auch die bevorstehenden Arbeiten an der Hochstraße Nord in Ludwigshafen. Mit der Bereitstellung der finanziellen Mittel können bis zum Beginn dieser langjährigen Baumaßnahme die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen an den Rheinbrücken auf einen Stand gebracht werden, der eine sichere und leistungsfähige Umleitung der Verkehrsströme ermöglicht.

Ein weiteres laufendes Projekt ist die Straßenbeleuchtung. Sie dient sowohl der allgemeinen Verkehrssicherheit als auch dem Wohlbefinden und Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Dem soll durch eine angemessene und zukunftsweisende Straßenbeleuchtung auf Mannheimer Straßen und Plätzen Rechnung getragen werden.

Die Ökodesign-Richtlinie bildet den europäischen Rechtsrahmen für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte.. Bis 2018 ist der Austausch von ca. 17.000 Quecksilberdampf-Hochdrucklampen vorgesehen. Weitestgehend wird modernste LED-Technik eingesetzt; als derzeit energieverbrauchsärmste sowie langlebigste Lösung. Priorität hat unterdessen die parallel laufende Erneuerung der Masten. Von den insgesamt rund 35.000 Masten im Stadtgebiet sind ca. 50 % älter als 35 Jahre. Masten-Austausch und der auch ökonomisch sinnvolle und sich rasch amortisierende Lampenaustausch sollen – wenn möglich in einem Projekt verbunden und dadurch beschleunigt werden.

Eine schrittweise Veränderung in der Infrastruktur nehmen wir zur Stärkung des Radverkehrs vor. Alle als besonders lebenswert eingestuften urbanen Zentren weltweit haben gerade hier in den letzten Jahren Akzente gesetzt. Neben den Maßnahmen zur Bismarckstraße und Berliner Straße/Tattersallstraße steht auch weiterhin ein Globalansatz zur Schaffung von Abstellplätzen und zur Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr zur Verfügung.

Die Bismarckstraße hat für die Erschließung der Universität mit dem Fahrrad eine besondere Bedeutung. Mit den Umbauarbeiten in Fahrtrichtung Ludwigshafen wurde am 24.08.2015 begonnen. Die Bauzeit beträgt ca. ein Jahr, sodass Anfang September 2016 von einer Fertigstellung ausgegangen wird. Geplant ist in Fahrtrichtung Ludwigshafen ein Radfahrstreifen als Markierung und eine Umweltpur für Rad und Bus, bei der der Radfahrer bevorzugt ist.

Hierfür wird eine Kfz – Spur umgenutzt. Eine verkehrstechnische Machbarkeitsstudie sowie eine Verkehrssimulation haben gezeigt, dass die Veränderungen in Form einer Spurreduzierung kaum bzw. keine Kapazitätsminderungen für den Kfz – Verkehr zur Folge haben.

In der Gesamtkonzeption sind auch in besonderem Maße die Wünsche der Behindertenverbände mit eingeflossen. Maßnahmen, die ohnehin anstehen wie die Erneuerung der Beleuchtung und der Signalanlagen können nunmehr im Zuge der Maßnahme zum Abschluss gebracht werden. Die Gesamtkosten betragen ca. 5 Mio. Euro, wobei allein die Erneuerung der Signalanlagen mit 1,3 Mio. Euro zu Buche schlagen. Von Bund und Land sind Zuschüsse in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro zugesagt.

Die Berliner Straße ist eine Hauptroute im Radwegenetz der Stadt Mannheim. Sie ermöglicht dem von der B 38 über die Friedrich – Ebert – Brücke kommenden Radverkehr eine direkte Verbindung zum Mannheimer Hauptbahnhof. Von hier aus hat er Anschluss an den weiterführenden Radweg an der B 37, der in östlicher Fahrtrichtung die Ortsteile im Mannheimer Süden und in westlicher Richtung über die dann fertiggestellte Radwegführung in der Bismarckstraße die Universitätsgebäude erschließt. Der Umbau der Berliner Straße ist mit 1 Mio. € in den Haushaltsjahren 2016-2019 etatisiert. Für die in Verlängerung der Berliner Straße befindliche Tattersallstraße sind in der Finanzplanung 2019 600.000 € für den Umbau zur Fahrradstraße vorgesehen. Die Friedrich – Ebert – Straße ( stadtauswärts ) ist mit 23.000 Kfz / Tag eine hochbelastete Hauptverkehrsstraße, deren Radweg zwischen der Liebig- und Eisenlohrstraße unterbrochen ist. Aus diesem Grund soll hier eine getrennte Geh- und Radwegführung eingerichtet werden. Der Maßnahmebeginn ist ab 2018 geplant. Die Kosten belaufen sich auf ca. 400.000,-- €. Die konkretisierenden Baubeschreibungen erfolgen wie üblich bei der Vorstellung der Maßnahmen in den jeweiligen Gremien.

### **Stadteingänge**

Mit der Einfahrt in die Stadt über die A 656 und die neugestaltete Augusta-Anlage verfügt Mannheim über einen der schönsten Stadteingänge. Umso deutlicher werden Verbesserungsbedarfe und –potentiale an anderer Stelle. Im Zuge der Planungen zur Konversionsfläche Benjamin Franklin kam sehr früh die Frage auf, welchen Charakter in Zukunft die B 38 an dieser Stelle haben soll. Daher wurde bereits 2013 ein Europawettbewerb ausgelobt, indem auch die dortigen städtebaulichen Potentiale ausgelotet werden sollten. Aufbauend auf den aus dem Wettbewerb gewonnen Erkenntnissen wurden die Auslobung für den Wettbewerb des Columbusquartiers erarbeitet und ein Gutachten zur Ermittlung eines künftigen

Straßen- und Stadtbildes von der Fachverwaltung Projektgruppe Konversion beauftragt.

Ziel ist es, die meistbefahrenste Straße der Stadt künftig so umzugestalten, dass sie zum einen die neuen Quartiere BFV und Taylor anbindet, zum anderen den nördlichen Stadteingang Mannheims in seiner Bedeutung stärkt und die Vernetzung der bestehenden und künftigen Stadtteile nicht hindert, sondern möglichst fördert. Nur so kann in Zukunft auf den Konversionsflächen eine nachhaltige und zukunftsweisende Entwicklung stattfinden und sich die Bestandsgebiete entlang der Straße stabilisieren bzw. qualifizieren. Hierzu muss ein optimaler Konsens zwischen Erhalt der Leistungsfähigkeit einerseits und stadträumlichen sowie stadtgestalterischen Qualitäten andererseits gefunden werden. Dies ist eine Herausforderung, weist doch derzeit die B 38 den Charakter einer Stadtautobahn mit drei Fahrstreifen je Richtung (insgesamt 31 m breit) mit Tempo 100 auf.

In Absprache mit der Stadt Mannheim ist ein iterativer Prozess mit den wichtigen Akteuren (Regierungspräsidium Karlsruhe, Verkehrsplanung, MWSP, Polizei) eingeleitet worden, um bereits in der Konzeptphase die kritischen Punkte in der Abstimmung offen zu legen. Auf diese Weise können viele Belange mit in das Konzept integriert werden.

Die Chancen, die eine Umgestaltung dieser Stadtautobahn für Mannheim mit sich bringen, sind enorm. Gelingt es uns, aus diesem bisher rein verkehrlich konzipierten „Funktionsraum B 38“ eine wirkliche Stadtstraße zu machen, könnten die dortigen „Un-Orte“ umgewandelt und ein wirklich lebendiger Stadtraum gestaltet werden.

Zum Thema Stadteingänge wollen wir darüber hinaus - zunächst mit einem begrenzten Sonderaufwand von 50.000 Euro pro Jahr - den Versuch unternehmen, über eine intensivere Wildkräuterbeseitigung eine Verbesserung des Gesamteindrucks zu erzielen.

### **VIII. Ausweitung Stadtreinigung; mehr Sauberkeit**

Die Sauberkeit auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen ist für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Einflussgröße.

Im Doppelhaushalt 2014/15 wurden der Stadtreinigung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Stadtreinigung in die Lage versetzt in 20

Bereichen von besonderem öffentlichem Interesse intensivere Reinigungsmaßnahmen durchzuführen und die Präsenz der Stadtreinigung bis in die Abendstunden hinein sicherzustellen. Dies hat in den betreffenden Bereichen zu einer deutlich wahrnehmbaren Verbesserung der Sauberkeit geführt.

Funktional und ästhetisch gute Papierkörbe am richtigen Standort sind ein wichtiger Faktor für die Stadtsauberkeit. Seit Mitte 2014 werden nach und nach alle alten Papierkörbe durch neue ersetzt. Eine ansprechende farbliche Gestaltung soll zur verstärkten Nutzung motivieren. Das einheitliche Erscheinungsbild der Papierkörbe trägt darüber hinaus zu einer Verbesserung des Stadtbildes bei.

Zum 1. April 2015 wurde die gebührenpflichtige Reinigung der Gehwege in der Innenstadt eingeführt. Je nach Verschmutzungsgrad werden die Gehwege zwei bis sieben Mal in der Woche von der Stadtreinigung gereinigt. Die damit erreichte Verbesserung der Sauberkeit wird von den Bürgerinnen und Bürgern sowie von den Gewerbebetrieben immer wieder gelobt. Nach einer systematischeren Auswertung der Erfahrungen wollen wir die Ausweitung der Gehwegreinigung auf die verdichteten Quartiere Jungbusch und Neckarstadt-West im Jahr 2016 prüfen.

Grundsätzlich wollen wir gerade beim Thema Sauberkeit eine noch engere Zusammenarbeit der städtischen Dienststellen mit Bürgerinnen und Bürgern, Hauseigentümern, Unternehmen und Verbänden realisieren.

Das Thema „Gelber Sack“ ist ein Dauerärgernis. Es war auch eines der Themen mit der größten Resonanz im Beteiligungshaushalt. Hier wird die Abfallwirtschaft in den nächsten Monaten die Durchsetzbarkeit einer Umstellung prüfen, sowie die Möglichkeiten einer (erweiterten) Wertstoffeffassung in einer Wertstofftonne. An der Ausschreibung des privaten Systems Grüner Punkt um Sammlung und Transport ab 2017 wird sich unser Eigenbetrieb beteiligen. Wie vom Gemeinderat auch mehrheitlich beschlossen, muss es aber unser Ziel sein, kommunale Zuständigkeit auch über diesen Teil des Abfalls zu erreichen.

## **IX.Sicherheit**

Sich sicher zu fühlen, ist ein elementares Bedürfnis. Umgekehrt ist das Gefühl der Unsicherheit Freiheitseinschränkung und ein wesentlicher negativer Faktor bei der Bewertung von Lebensqualität.

Sich sicher fühlen und sich sicher fühlen dürfen sind damit zentrale Ziele, die wir für unsere Bürgerinnen und Bürger und für die, die Mannheim besuchen erreichen wollen.

Die Faktoren, die dazu beitragen, sind vielfältig:

Stadtgestaltung, Sauberkeit, Atmosphäre und Belebung des öffentlichen Raums, Nahverkehr, soziale Faktoren wie stabile Netzwerke in den Quartieren, wirtschaftliche Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Bildungsgrad und Betreuungsangebote, Durchsetzung von Regeln durch Staat und Stadt wie durch soziale Kontrolle.

Ähnlich wie für die Finanzpolitik kann gesagt werden: Als isolierter Ansatz ist Sicherheitspolitik wirkungslos.

Deshalb ist ein wesentlicher Baustein der übergreifende Ansatz der Kriminalprävention, den wir weiter stärken werden.

Daneben sorgen wir auch operativ mit eigenem Personal für Regeleinhaltung und damit für subjektive Sicherheit mit dem Kommunalen Ordnungsdienst (KOD). Die Aufgaben unseres KOD wachsen dabei stetig an, insbesondere durch die Individualisierung der Gesellschaft, die gerade in Innenstädten verbunden ist mit einem prägnanten Rückgang an sozialer Kontrolle und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Folgerichtig finden sich in den zentrumsnahen Quartieren unserer Stadt die wesentlichen Einsatzlagen für diesen Dienst, ergänzt durch ortsteiltypische Problemlagen. Letztere sind abhängig von der Jahreszeit, den jeweiligen Wochentagen und besonderen Einrichtungen.

Wir stehen jedoch besonders mit unserer Innenstadt für die urbanen Herausforderungen als Erlebnis- und Einkaufsstätte, aber auch als Ort urbanen Wohnens. Wir arbeiten intensiv gemeinsam mit unseren Partnern aus Handel und Wirtschaft an einer Aufwertung des Zentrums, an einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Das Zentrum ist Ort urbaner Lebensqualität, Visitenkarte und Aushängeschild der Stadt. Zur Zielerreichung gehört zwingend die Überwachung der Einhaltung der Regeln, die wir uns in Satzungen, in der Polizeiverordnung und in Richtlinien selbst gegeben haben oder die in Gesetzen stehen, die aber von einigen wenigen zum Schaden vieler nicht beachtet werden. Hier setzen wir mit dem KOD und den speziell zuständigen Vollzugsdiensten für die Verkehrsüberwachung ein deutliches Zeichen, dass wir unsere Regeln ernst meinen und mit Augenmaß aber der notwendigen Konsequenz gegen Regelverstöße



einschreiten. Dabei will ich aber anmerken, dass wir dringend in Deutschland ein anderes Niveau von Verwarnungsgeldern brauchen, da unsere derzeitigen Möglichkeiten keine Abschreckungswirkung entfalten.

Nachdem die Polizei sich auf die Kernaufgabe Verfolgung von Straftaten konzentrieren muss, ist in den hoch frequentierten Innenstadtlagen eine Ordnungslücke entstanden, die wir mit eigenem Ordnungspersonal füllen. Die intensive Präsenz dort hat Wirkung erzielt.

Ökonomisch und in der Sache ist ein Einsatz des Dienstes nach dem „Prinzip Gießkanne“ nicht sinnvoll, da die Situation in den verschiedenen Stadtbezirken deutliche Unterschiede aufweisen.

Besonders störungsbelastete Quartiere benötigen nach den bisher gemachten Erfahrungen zur Nachhaltigkeit und Schwerpunktbildung eine länger anhaltende, personalaufwändige Intensivüberwachung durch den KOD, bedarfsorientiert flankiert von Einsätzen der Verkehrsüberwachung.

Die Einsatzkonzeption geht aus der Erfahrung davon aus, dass der Aufwand zur Herstellung eines bestimmten Niveaus der Regelbeachtung deutlich höher ist als der Aufwand dieses Niveau danach zu halten.

Die Citystreife hat in den sechs Monaten seit November 2014 und in der sich anschließenden, noch andauernden 6-monatigen Intensivüberwachung der Neckarstadt belegt: Veränderungen zum Besseren sind möglich, sie sind im Stadtbild auch deutlich wahrnehmbar, „kosten“ aber auch Ressourcen. Unverzichtbar ist es, örtliche Prioritäten zu setzen und zu diesen Entscheidungen zu stehen.

Das Prinzip der Intensivüberwachung einzelner, geeigneter Stadtquartiere wollen wir unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten, sowie am Bedarf orientiert zukünftig weiterführen, weil diese Vorgehensweise an den Brennpunkten der Stadt bessere Ergebnisse für die Stadtgesellschaft insgesamt erbringt. Die Auswertung der intensiven Überwachung der City, dort vielfach konzentriert auf die Fußgängerzonen, Wasserturm und Willy-Brandt-Platz und die Neckarstadt in der ersten Phase der massiven Präsenz, in der anschließenden Phase der reduzierten aber immer noch überdurchschnittlichen Präsenz weist den Weg in Richtung einer moderaten Ressourcenerhöhung. Die Auswertung der Effekte, die diese neue Einsatzstrategie bewirkt hat, soll nach Abschluss dieses Jahres eine Basis zur Beurteilung der zukünftigen Personalstärke des KOD bieten. Die Aufgabenpalette des KOD soll

dabei zusätzlich bewertet und ggfs. auch mit Blick auf die Verkehrsüberwachung neu akzentuiert werden.

## **Feuerwehr**

Bei der Feuerwehr unternehmen wir enorme finanzielle Anstrengungen. Ein wahrer Kraftakt ist der Neubau der Feuerwache Mitte auf dem ehemaligen Vögele-Gelände bzw. dem neuen Bildungscampus, der uns seit einiger Zeit beschäftigt und im nächsten Jahr bezogen wird. Die Arbeiten laufen derzeit auf Hochtouren. Der Bezug ist für Mitte Dezember 2016 vorgesehen. Bauzeiten- und Kostenplan werden nach derzeitigem Stand eingehalten. Allein für dieses Bauprojekt sind in den kommenden beiden Jahren insgesamt 29,75 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen.

Nicht neu gebaut aber von Grund auf saniert wird die Feuerwache Nord, ebenfalls ein Projekt, das mit größter Dringlichkeit vorangetrieben wird. Für diese Maßnahme sind im Jahr 2016 3 Millionen €, im Jahr 2017 3,65 Millionen Euro im Etat vorgesehen, das Gesamtbudget liegt bei 12 Millionen Euro. Derzeit gehen wir von einem Baubeginn im Juli 2016 aus, die Fertigstellung inklusive der Freianlagen ist für Dezember 2018 vorgesehen.

Beide Maßnahmen dienen dazu, den Brandschutzbedarfsplan bezüglich der Wachen umzusetzen. Noch nicht abschließend entschieden ist indes, ob in der Feuerwache Mitte doch noch die Integrierte Leitstelle angesiedelt wird. Das Betriebs- und Redundanzkonzept liegt noch nicht vor. Auch die darauf basierenden Kosten für die unterschiedlichen Standorte sind noch nicht ermittelt. Ich rechne in beidem mit Vorteilen für den Standort Mannheim.

## **X.Kultur**

Kultur ist in Mannheim ein Treiber der Stadtentwicklung in vielen Bereichen. Sie ist für viele Herausforderungen Teil unserer „Bewältigungsstrategie“. Bei Talentgewinnung und Innovationsförderung, bei Standortmarketing und –entwicklung, bei Integration und Bildung und nicht zuletzt in der Stabilisierung von Quartieren und beim sozialen Zusammenhalt. Die kulturelle Entwicklung hat in den letzten Jahren viel zum Selbstverständnis von Mannheim beigetragen, ob die Popakademie mit immer neuen Akzenten wie den Studiengang Weltmusik oder als jüngste Beispiel die Auszeichnung des Nationaltheaters als „Oper des Jahres“ und

vieles andere mehr. Insbesondere hat uns aber die Ernennung als UNESCO City of Music Mannheim eine neue weltweite Plattform beschert, Das Creative Cities Network ist ein Projekt der UNESCO und wurde 2004 im Zusammenhang mit der UNESCO's Global Alliance for Cultural Diversity Initiative gegründet. Es vernetzt weltweit Städte, die Erfahrungen, Strategien, Ideen und modellhafte Praxis im Bereich zeitgenössischer Kunst und Kultur sowie insbesondere der Kulturwirtschaft, austauschen wollen. Mitglieder sind Exzellenz-Zentren in einem der sieben Bereiche Musik, Film, Design, Gastronomie, Medienkunst, Handwerk oder Literatur.

Die Mitglieder arbeiten aktiv am UNESCO-Netzwerk mit und kooperieren untereinander. Mannheim wurde am 01. Dezember 2014 in der Kategorie Musik in das weltweite UNESCO Netzwerk der Kreativstädte aufgenommen. Unter Einbeziehung der wesentlichen Akteure im Bereich der Musik aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Szene und unter der Leitung eines zweiköpfigen Teams wurde in nur knapp 3 Monaten die Bewerbung erarbeitet und eingereicht. Der Erfolg der Bewerbung beruht auf einer selten zu erlebenden Einigkeit aller Beteiligten und auf den erfolgreichen Strategien der letzten Dekade. Die formulierten Zielstellungen zu wichtigen Beiträgen zur wirtschaftlichen, sozialen vor allem aber integrativen Entwicklung Mannheims lassen sich hervorragend unter dem Label und mit dem Werkzeug UNESCO City of Music bearbeiten.

### **Nationaltheater Mannheim**

Die Auszeichnung zur „Oper des Jahres“ ist ein Ritterschlag nach langen Jahren stetiger profilierter Arbeit. Die Sichtbarkeit, Konsequenz und Qualität hat sich über alle Sparten hinweg entwickelt. Zu erwähnen sind neben den Erfolgen der Oper mit der sensationellen nun dreimaligen Auszeichnung zur Uraufführung des Jahres, das Schauspiel, z.B mit den Festivals Theater der Welt und den Schillertagen oder der Theaterpreis FAUST für Schnawwl-Intendantin Andrea Gronemeyer für eine Kooperation mit unserem Ballett. Dies bietet auch die Chance mit noch mehr Recht auf die notwendige Unterstützung des Landes für das zweitgrößte Haus zu verweisen. Nach mehreren wirtschaftlich schwierigen Jahren wird sich das Nationaltheater Mannheim im Fünfjahresplan, der mit der Spielzeit 2014/15 begann, finanziell konsolidieren können. Einen wichtigen Anteil leistete das Land Baden-Württemberg mit einer substantiellen Erhöhung seines Betriebskostenzuschusses

zum Nationaltheater um jährlich zwei Mio. Euro ab dem Jahr 2015. Im Herbst 2014 war die Nachricht von dieser Entscheidung des Landes, um die praktisch in den letzten zwanzig Jahren immer wieder gerungen wurde, ein wichtiger Impuls auch für die breite Unterstützung aus der kommunalen Politik und Verwaltung in Mannheim für den neuen Fünfjahresplan. Für das Engagement des Landes ist die Stadt Mannheim dankbar – es ist aber angesichts der Größe und Bedeutung des Mannheimer Nationaltheaters unverzichtbar, dass die Finanzierung des Hauses auf eine solide und breite Basis gestellt wird. Es ist absehbar, dass spätestens zum Ablauf des 5-Jahres-Plans im Jahr 2019 eine erneute strukturelle Verbesserung der Beteiligung des Landes erzielt werden muss. Gegenstand der gemeinsam zu tragenden Finanzierungsstrategie wird und muss die Generalsanierung sein.

Bis zum Beginn der Generalsanierung und der dafür erforderlichen Schließzeit im Sommer 2020 werden alle denkbaren Finanzierungsmöglichkeiten abgeprüft. Die deutlich kostenintensiveren Theatersanierungsprojekte in Stuttgart und Karlsruhe profitieren aufgrund ihres Status als Staatstheater von einer hälftigen Finanzierung des Landes Baden-Württemberg. Für das Nationaltheater Mannheim als ein Kommunaltheater von besonderem Rang wäre ein ähnliches Engagement des Landes oder auch des Bundes wünschenswert und angemessen. Darüber hinaus wird auszuloten sein, welche Teilaspekte der Generalsanierung sich für privates Sponsoring und anderweitige Zuschüsse aus Bundes- oder EU-Mitteln eignen.

Es ist dem Nationaltheater - entgegen des Bedeutungsverlusts von Theatern an vielen anderen Orten – gelungen, zentraler Identifikationspunkt im Selbstverständnis der Stadt Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar zu bleiben und Ort tatsächlicher und nicht nur behaupteter gesellschaftlicher Debatten. Dafür ist das aktuelle und von der lokalen Wirtschaft großzügig geförderte Flüchtlingsprojekt EIN BLICK VON DER BRÜCKE mit seinem über die Theaterform hinausreichenden Ansatz ein eindrucksvolles Beispiel.

Die nächsten Jahre werden neben der Generalsanierung auch in anderer Hinsicht Herausforderungen für das Mannheimer Nationaltheater bringen. Professor Klaus-Peter Kehr wie Kevin-O'Day haben ihre letzte Spielzeit als Intendanten am Haus begonnen. Beide Intendanten haben mit ihrer Arbeit ihre Sparten geprägt und den Ruf des Mannheimer Nationaltheaters als ein zentrales Haus in der deutschen Theaterlandschaft gefestigt und weiter ausgebaut. Dafür gilt ihnen mein herzlicher Dank. Nun gilt es zwei neue künstlerische Persönlichkeiten in das Leitungsteam zu

integrieren, nahtlos an künstlerische Erfolge und überregionale Wahrnehmung anzuknüpfen und zugleich das Mannheimer Publikum für neue Ideen und Konzepte zu begeistern. Mit Albrecht Puhlmann und Stephan Thoss konnten würdige Nachfolger ans Mannheimer Nationaltheater berufen werden, auf deren Arbeit man ab der Spielzeit 2016/17 gespannt sein darf.

Gelingt die Integration in das Team hat sich nicht nur im Start das neue Leitungsmodell endgültig bewährt.

### **Reiss-Engelhorn-Museen - Ausstellungshaus von internationalem Rang**

Die Reiss-Engelhorn-Museen (rem) konnten sich in den vergangenen Jahren als erfolgreiches Ausstellungshaus und Forschungszentrum von internationalem Rang weiter etablieren. Die rem zählen mit ihren Forschungslaboren zur Altersbestimmung/Datierung sowie zur Materialanalytik an Kulturgütern und ihren Restaurierungswerkstätten zu den modernsten Einrichtungen ihrer Art in Europa. Hochwertige Sonderausstellungen ergänzen den Dauerausstellungsbetrieb und locken so viele Besucher weit über die Metropolregion hinaus nach Mannheim. Dabei werden auch Anknüpfungspunkte an die Lokalgeschichte gesetzt, die identitätsstiftende Wirkung in der Region entfalten.

Ein besonderes Highlight 2014 war die Eröffnung von „Ägypten - Land der Unsterblichkeit“, der ersten Präsentation des neuen Sammlungsschwerpunktes der rem zur altägyptischen Kultur. Hiermit wurde ein attraktiver neuer Anziehungspunkt für Mannheim geschaffen. Dauerhaft eine Aufwertung für das kulturelle Angebot der Stadt werden künftig auch die neu eingerichteten Dauerausstellungsbereiche im Museum Weltkulturen und im Zeughaus sein. Anfang des Jahres 2015 konnten bereits die innovative Ausstellung der Kunst- und Kulturgeschichte eröffnet werden, im Herbst 2015 folgt eine kleinere Umgestaltung der Antikenabteilung im Zeughaus. Zur Erkundung der frühmittelalterlichen Besiedlung der Region durch die Franken laden seit Februar 2015 die „Wilden Völker“ in D5 ein. Mit den noch folgenden Ausstellungsteilen zu den Metallzeiten und der Römerzeit schließt sich ab Frühjahr 2016 der archäologische Rundgang im 1.OG des Museum Weltkulturen.

Als erste Vorschau auf das in Planung befindliche Peter und Traudl Engelhorn Haus mit dem weiteren neuen Sammlungsschwerpunkt Glas führt im November 2015 „zart

& rau“ in Kooperation mit dem Lausanner Museum mudac in das Thema Glaskunst ein.

Große Schatten für 2016 und 2017 werfen die Sonderausstellungen „Barock – Nur schöner Schein“ und „Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt“ voraus. Mit ihnen wird die Netzwerkarbeit für den Kulturtourismus ebenso wie die Arbeit mit internationalen Partnern weiter gestärkt, um das Image der Stadt weiter voranzutragen. Dazu trägt auch die Intensivierung der kulturellen Kontakte mit Frankreich bei, die im Zuge des Aufbaus des neu gegründeten Institut Français von den rem betrieben wird. In diesem Kontext findet auch eine Zusammenarbeit mit der Réunion des Musées Nationaux statt.

Wir wollen diese sehr erfolgreiche Entwicklung der rem weiter unterstützen. Es besteht nach wie vor ein großer Sanierungsbedarf bei den Gebäuden. Mit den in den Haushaltsberatungen 2014/2015 gewährten Zuschüssen für die Jahre 2014 bis 2016 (insgesamt 800.000 Euro) wurde begonnen, im Gebäude B4,10 das Dach zu sanieren und wichtige Brandschutzarbeiten durchzuführen. Es zeigte sich allerdings, dass hier strukturierter vorgegangen werden muss. Daher soll künftig ein Sanierungskostenzuschuss für die Gebäude der rem in Höhe von 400.000 Euro gewährt werden. Mit diesen Mitteln soll der Erhalt der Gebäudesubstanz gesichert werden. Auch ist die Ausstellungsmöblierung überholungs- und teilweise erneuerungsbedürftig geworden. Der Betriebskostenzuschuss wurde für das Jahr 2016 um 235.500 Euro und ab dem Jahr 2017 jährlich um 330.500 Euro erhöht.

### **Kunsthalle Mannheim**

Die Kunsthalle Mannheim steht in und vor einem Neubeginn, der nur mit der Gründung des Hauses selbst zu vergleichen ist. Die Kunsthalle war eine Pionier-Institution in der Rezeption der Klassischen Moderne in Deutschland. Sie hat mit einer der weltweit ersten bürgerschaftlich-kommunalen Sammlungen des französischen Impressionismus und deutschen Expressionismus sowie der Neuen Sachlichkeit zur Definition der modernen Kunst direkt beigetragen. Mit dem Ziel an diese Bedeutung angemessen anknüpfen zu können und damit auch die Attraktivität Mannheims entscheidend zu erhöhen, unternehmen Stadt und Bürgerschaft große gemeinsame Anstrengungen. Das in dieser Dimension deutschlandweit im Moment

einzigartige Investitionsprojekt des Neubaus der Kunsthalle ist nur im Schulterschluss von öffentlicher Hand und privatwirtschaftlichem Mäzenatentum möglich.

Den ersten Schritt zu dieser Neuaufstellung der Kunsthalle haben wir ohne Zweifel mit der erfolgreichen energetischen Sanierung des Jugendstil-Denkmals gemacht, das nun wieder in alter-neuer Schönheit erstrahlt, gleichzeitig jedoch mit modernster Technik internationalen Museumsstandards gerecht wird. Gestemmt wurde die Maßnahme mit 12 Mio € Eigenmitteln und mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg (10 Mio. €) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft (2,7 Mio €). Die Publikums- und Ausstellungserfolge seit der Wiedereröffnung Ende 2013 zeigen, dass sich die Generalsanierung gelohnt hat: Mit „Dix/Beckmann: Mythos Welt“, „Manet – Cézanne – van Gogh“ und „Der doppelte Kirchner“ konzipierte die Kunsthalle Ausstellungsthemen mit großen Künstlernamen und Leihgaben aus aller Welt in den wiederhergestellten historischen Tageslichträumen und zog damit erstmals seit den 90er Jahren wieder über 100.000 Besucher an.

Währenddessen begann mit dem Abbruch des Mitzlaff-Baus die Bauphase für den Neubau, finanziert durch die 50-Millionen-Euro-Spende des Ehepaars Hector, dem 10-Millionen-Euro-Beitrag der Stadt Mannheim und weiteren Förderbeiträgen.

Bis 2017 entsteht nach Plänen des größten deutschen Architekturbüros von Gerkan Marg und Partner (gmp) der Neubau der Kunsthalle als eine Museums-„Stadt in der Stadt“. Das Projekt wird gesteuert von der gemeinnützigen Stiftung Kunsthalle Mannheim mit ihrem Stiftungsratsvorsitzenden Dr. Manfred Fuchs und dem Vorstand, Frau Dr.Lorenz, Herrn Diehl und Herrn Bleich. Das anspruchsvolle Planungs- und Bauprojekt bewegt sich im Kosten- und Terminrahmen. Der Rohbau wächst bereits zügig in die Höhe. Im Sommer 2016 feiern wir das Richtfest.

Der Neubau wird in puncto Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit höchste Leistungskriterien erfüllen. Die Betriebskostenanalyse ergibt, dass die Verbrauchskosten Neubau bei max. 28 €/qm/p.a. – und damit stark unter dem ehemaligen Mitzlaff-Bau mit 48 €/qm – liegen. Zugleich schlägt aber der Zuwachs an Grundfläche um 43% und an Ausstellungsfläche um 56% sowie die Ausstattung mit anspruchsvoller Infrastruktur für den Museumsbetrieb (Medientechnik, Klima,

Sicherheit, Gastronomie, Shop etc.) und das entsprechende Ausstellungsprogramm zu Buche.

Es war daher ein Anliegen, frühzeitig eine profunde strategische Entwicklungsplanung für den Museumsbetrieb der Kunsthalle aufzusetzen. Dazu wurde seit Herbst 2014 eine Organisationsuntersuchung mit Personalbedarfsbemessung durch die Unternehmensberatung METRUM, München, durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchung sowie die Empfehlungen zum Geschäftsmodell „Optimalplanung“ sind von einer Arbeitsgruppe aus Stiftung, Beteiligungscontrolling der Stadt und Kunsthalle intensiv geprüft und plausibilisiert worden. Dabei wurde eine „Grundlast Stadt“ im Museumsbetrieb sowie ein Vollprogramm aus Spendenaufkommen definiert sowie eine differenzierte Indexierung vorgenommen. In der weiteren Konkretisierung der strategischen Zukunftsplanung bis hinein in das Ausstellungsprogramm für die ersten 3-4 Jahre nach Eröffnung wurde die Optimalempfehlung in den Bereichen Programm, Personal und Gebäudemanagement angepasst.

Bei der entsprechenden Erhöhung des Betriebskostenzuschusses ab 2018 ist zu berücksichtigen, dass der Betriebskostenzuschuss für die Kunsthalle seit 2007 – d.h. dann über 11 Jahre – nicht mehr erhöht wurde. Dies findet seine Ursache darin, dass ein „Vollbetrieb“ durch Schließungen erst des Jugendstil, dann des Mitzlaff-Baus nicht mehr stattfand. Bei einer linearen Fortführung des Betriebs wäre der Betriebskostenzuschuss unter Zugrundelegung der parallelen Entwicklung bei den REM um ca. 1,3 Mio.€ gestiegen.

Der durch die Stadt abzudeckende Mehrbedarf gegenüber den aus dem Jahr 2007 stammenden und seitdem stabilen Basiszahlen für die Grundlast des neuen, erweiterten Museumsbetriebs beträgt 1,93 Mio.€, während der Anteil des unternehmerischen (Eintritt/Sponsoring) und bürgerschaftlichen Engagements bei 1.265 Mio. € p.a. liegt. Dieser Betrag muss durch längerfristige Förderzusagen sowie projektbezogenes Fundraising eingeworben werden. Nicht berücksichtigt sind dabei Vorlaufkosten vor allem im Jahr 2017.

Die Finanzierung der Programmkosten würde sich demnach zu ca. 60 % auf Fundraising und bürgerschaftliches Engagement, ca. 30 % auf Stadt und ca. 10% auf Eigeneinnahmen des Eigenbetriebs (Eintritte etc.) verteilen.



Zur Gesamtbetrachtung gehört, dass die Alternative zum Neubau – nämlich die Generalsanierung des Mitzlaff-Baus – schlussendlich der Stadt Mannheim teurer zu stehen gekommen wäre. Nicht nur, dass die Investitionskosten allein die Stadt zu schultern gehabt hätte, weil sich kein privater Mäzen für eine Sanierung gefunden hätte. Im Betrieb wäre unter Berücksichtigung kalkulatorischer Finanzierungskosten und Abschreibungen sowie einer differenzierten Indexierung analog zum Neubau ein Betriebskostenzuschuss von über 10 Mio. € (inkl. AfA) bzw. 7,397 Mio. € (exkl. AfA) notwendig geworden. Dabei wären die Problematik „Bunker“ und anderes ungelöst geblieben.

2016/2017 sind die Außenanlagen – wie vereinbart – durch die Stadt herzustellen. Dabei soll auch ein öffentlich frei zugänglicher Skulpturenplatz auf der entwidmeten Moltkestraße entstehen. Mit der Eröffnung des Ensembles voraussichtlich Ende 2017 wird eine siebenjährige, fast ununterbrochene Planungs- und Bauzeit abgeschlossen. Die Kunsthalle wird aus diesem Prozess als modernisierte und für die Zukunft gut gerüstete Kulturinstitution hervorgehen. Die Stadt Mannheim gewinnt mit dem erweiterten Museumsbetrieb in völlig neuem Rahmen einen kulturellen Leuchtturm zurück, der es erlaubt, die hochkarätige Mannheimer Sammlung zu bewahren und optimal zu präsentieren sowie publikumswirksame Sonderausstellungen durchzuführen, um erheblich höhere Besucherzahlen zu generieren, dem Bildungsanspruch "Kunsthalle für alle" gerecht zu werden und der Bürgerschaft zu dienen.

## **Freie Szene**

Seit 2011 werden die Mittel für die Freie Szene jährlich um je 100.000 Euro erhöht. Dadurch konnten auch in den Jahren 2014/2015 wiederum mehr Initiativen unterstützt, Projekte gefördert und Veranstaltungen des Kulturamtes in Kooperation mit Initiativen vor Ort durchgeführt werden. Eine ausführliche Berichterstattung liegt mit dem Geschäftsbericht 2012 – 2014 und den jährlichen Förderberichten vor. Aufgrund der Überprüfung der Institutionellen Förderung im Dezember vergangenen Jahres (B-Vorlage 651/2014) wurden für den Förderzeitraum 2015 – 2019 neben den bestehenden Einrichtungen neu aufgenommen: im Bereich der Darstellenden

Künste Theater Felina Areal, theater oliv, Schatzkistl und zeitraumexit, im Bereich der Bildenden Kunst die Kunsträume Einraumhaus c/o und Strümpfe – The SupperArtClub und im Bereich Weltmusik die Orientalische Musikakademie, die zusammen mit der Pop Akademie ab diesem Herbst einen Studiengang Weltmusik anbietet. Die daraus resultierenden finanziellen Bedarfe sollen mit den auch in den nächsten beiden Jahren eingestellten weiteren Erhöhungen um 100.000 Euro finanziert werden. Dennoch sind finanzielle Engpässe vorhanden. Es hat sich auch in diesem Jahr gezeigt, dass bei weitem nicht alle eingereichten Projektanträge gefördert werden konnten. Es ist absehbar, dass auch Kultureinrichtungen einen steigenden Förderbedarf haben werden, als Beispiel sei das Kurpfälzische Kammerorchester genannt, das bereits ab diesem Jahr deutlich stärker vom Land gefördert wird. Hier muss sich die Stadt Mannheim als verlässlicher Partner erweisen. Es gilt, auch die Entwicklung der Festivals im Auge zu behalten. Der Anspruch, den Festivalmacher und kommunale Geldgeber an Qualität, Wettbewerbsfähigkeit und Stringenz bei der Zielerreichung stellen, muss sich sowohl an den tatsächlich erreichten und nachweisbaren Wirkungen als auch an den auskömmlichen Rahmenbedingungen messen lassen.

Der außerordentliche Erfolg und die Qualitätsmaßstäbe der international renommiertesten Festivals IFF, Enjoy Jazz, Wunder der Prärie und IFFMH führen auch zu der Frage, wie wir unsere (regionalen) Top-Festivals weiterhin wettbewerbsfähig halten können und so die Attraktivität der Kulturstadt Mannheims national und international steigern. Eine jährliche Erhöhung des Zuschusses an das Fotofestival Mannheim\_Ludwigshafen\_Heidelberg (um 20.000 Euro) setzt hier ein erstes Zeichen.

Die Szene wächst, ist vielfältig und lebendig und braucht auch weiterhin die Unterstützung von kommunaler Seite. Zusätzlich zum bereits bestehenden Förderinstrumentarium, das in den Richtlinien zur Förderung von Künstlern, Künstlerinnen und Vereinen festgelegt ist, sollen zwei neue Förderinstrumente eingeführt werden. Eine Wiederaufnahmeförderung bei den Theatern und eine anteilige Proberaumförderung für Bands, analog zur Atelierförderung, sollen die Produktionsbedingungen für Künstler weiter verbessern. Eine Überarbeitung der Richtlinien soll in der nächsten Kulturausschusssitzung (15.10.2015) beraten werden. Das Kulturamt hat einen Vorschlag gemacht, wie mit Hilfe eines Juryentscheides aus

seinem vorhandenen Etat Kunstkäufe getätigt werden könnten, so dass auch hier eine zu Recht beklagte Förderlücke geschlossen werden kann.

Nach wie vor fehlen für die Künstlerinnen, Künstler und Kulturinitiativen der Freien Szene geeignete Räumlichkeiten für Proben und Aufführungen, die die Mindeststandards erfüllen und die erforderlichen Bühnenmaße aufweisen. In diesem Sommer wurde der Mangel bei der Inszenierung von Hansgünther Heyme „Der Sturm“ in der Neckarstadt-West deutlich (fehlende Proberäume, eine Ertüchtigung des Kaisergartens war nicht darstellbar), größere Tanzproduktionen wie EGO von Eric Trottier sind darauf angewiesen, Räume im privatwirtschaftlichen Bereich zu finden. Multifunktionale, beispielbare Räume anzubieten, kann nicht eine reine kommunale Kraftanstrengung sein. Privates Engagement ist hier ebenso zu mobilisieren. Zumindest für eine Zwischenphase könnte hier auch die Konversion Chancen bieten.

## **XI.Sportförderung**

Die allgemeine Sportförderung konnte in Summe um rund 50.000 Euro erhöht werden. Die Notwendigkeit hierfür resultiert aus der hohen Bau- und Sanierungstätigkeit der Sportvereine in den letzten Jahren. Dadurch ist die Zuschusssumme für die Pflege- und Unterhaltskosten der Vereinsanlagen kontinuierlich gestiegen und wird die nächsten Jahre weiteranwachsen.

Die neue Veranstaltungsreihe Sport im Park konnte erfolgreich etabliert werden und wird mit täglich bis zu über 100 Aktiven sehr gut von der Mannheimer Bevölkerung angenommen.

Die Vereinssportstättenbauförderung konnte für die Jahre 2016-2018 auf 800.000 Euro angehoben werden. Damit kann in diesem Bereich mit Kontinuität die Vereinsförderung erfolgen.

Besonders das Rhein-Neckar-Sportareal wird durch die Rückgabe des ehemaligen Uni-Sportplatzes an die Stadt komplett neu geordnet. Der VFR Mannheim und der FC Türkspor werden hier zukünftig neben den städtischen Plätzen eigene Sportflächen errichten und betreiben.

## **Städt. Sportanlagen**

Bei den städt. Sportanlagen liegt der Schwerpunkt auf der Sanierung der Bezirkssportanlage Seckenheim (2016 620.000€). Zudem werden die Brandschutzmaßnahmen in den Sporthallen und im Carl-Benz-Stadion fortgeführt. Für das Eissportzentrum Herzogenried werden zwei neue Eismaschinen angeschafft.

Im Arbeitskreis Bäder geht es darum, die Wege für die Bädersanierung der nächsten Jahre zu ebnet. 2016 sind für weitere Untersuchungen und Sofortmaßnahmen 2.000.000€ eingestellt. Ein Schwerpunkt wird die Sanierung dringlichster baulicher Probleme und die Erstellung einer Nutzungskonzeption für das Herschelbad sein.

Aus meiner Sicht ist die Entwicklung der Bäder- und Freizeiteinrichtungen eine unternehmerische Aufgabe. Sie ist im Rahmen kommunaler Investitionssteuerung und Entscheidungsprozesse nur schwer zu erfüllen. Ich appelliere an den Gemeinderat die Frage der Organisation aus den Erfahrungen der letzten 15 Jahre, d.h. seit der ersten Diskussion zur Bäderkonzeption, nüchtern zu beurteilen.

## **XII.Dank**

Ihnen allen ist bewusst, dass in einer Etatrede Vollständigkeit nicht möglich ist und auch Wichtiges ausgeblendet bleibt. Umso wichtiger ist es mir, die Gelegenheit zu nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für ihren Einsatz für unsere Stadt zu bedanken.

Die Anforderungen steigen und das empfinden gerade diejenigen, die sich in besonderer Weise identifizieren und engagieren besonders stark. Sie verdienen unsere Anerkennung und auch unsere Rückenstärkung. Auch Hauptamtlichkeit verdient Wertschätzung und Respekt.

Für die inhaltliche Vorarbeit und die Erarbeitung des Zahlenwerks sei den damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich gedankt. Für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes danke ich den Kolleginnen und Kollegen, Herrn Ersten

Bürgermeister Specht, den Bürgermeisterinnen Dr. Freundlieb und Kubala sowie den Bürgermeistern Quast und Grötsch, den Dezernatsbüros, den Rechnungsstellen und den Fachbereichsleitungen. Ein besonderer Dank geht an die Stadtkämmerei mit ihrem Leiter Markus Manhart und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank schulde ich nicht zuletzt meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Vorbereitung dieses Etats und der Etatrede intensiv gefordert waren: Siegfried Raatz, Christian Hübel, Andrea Lehr und Ralf Walther. Herbert Bangert sei an dieser Stelle nicht nur mit Blick auf meine vergangenen Etatreden und die meines Vorgängers Gerhard Widder erwähnt, sondern auch mit Blick darauf, dass er seine Zuruhesetzung beantragt hat und dies zumindest die letzte Etatrede ist, der im aktiven Dienst hört. Für seinen großen und wichtigen Einsatz sei ihm schon einmal an dieser Stelle öffentlich gedankt.

Der Haushaltsentwurf ist Grundlage, Auftrag und Programm in einem für die nächsten Jahre. Ich wünsche uns gute und konstruktive Beratungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Lassen Sie uns gemeinsam an der Verwirklichung der Überschrift dieser Etatrede arbeiten: die Herausforderungen meistern, in die Zukunft investieren.